

VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Juso und Gewerkschaft

Nr.33

Oktober 1978

60 Pfg.

ARBEIT FÜR ALLE DURCH EINE PLANWIRTSCHAFT UNTER DEMOKRATISCHER ARBEITERKONTROLLE

Es ist wirklich allerhöchste Zeit, daß sich die organisierte Arbeiterbewegung gegen die Angriffe auf ihre Errungenschaften zur Wehr setzt. Ganz offensichtlich sind die guten alten Zeiten vorüber, als reine Lohnforderungen mit einigen Zusätzen ausreichten, um die Lage der Arbeitnehmer zu verbessern. Die neue Lage verlangt neue Antworten.

Massenarbeitslosigkeit

Im Durchschnitt sind die Industriekapazitäten nur zu ca. 80% ausgelastet. Trotzdem wollen uns bürgerliche Zeitungskommentatoren laufend weismachen, daß wir uns in den nächsten Jahren mit einem "Sockel" von mindestens 1 Million Arbeitslosen abfinden müssen. Seit 1974 haben mehr als 5 Millionen Menschen am eigenen Leib verspürt, was es heißt, arbeitslos zu sein. Nach offiziellen Statistiken beträgt die Zahl der arbeitslosen Kollegen ca. 1 Mill. Doch es gibt noch mindestens zusätzlich 500.000 Kolleginnen und Kollegen, deren Arbeitslosigkeit in keiner offiziellen Statistik registriert ist.

Mehr Urlaub durch weniger Lohn?

In der nordrhein-westfälischen Metallindustrie stehen in diesem Winter zwölf wichtige Tarifverträge zur Kündigung an. Gleichzeitig beginnen jetzt wieder die Vorbereitungen für die neue Lohnrunde. Wird es diesmal gelingen, eine Lohnerhöhung zu erreichen, die den Lebensstandard zumindest hält? Über die Marschroute der IG-Metall-Führung berichtet ein Remscheider Betriebsratsvorsitzender auf **SEITE 7**.

Als Antwort darauf wurde auf vielen Gewerkschaftstagen die eindeutige Forderung nach einer 35-Stunden-Woche beschlossen. Doch offensichtlich sind einige Gewerkschaftsführer bereit, als Ausgleich dafür einen Lohnverzicht für die Gewerkschaftsmitglieder in Kauf zu

nehmen. Anstatt sich den Kopf der Unternehmer zu zerbrechen, sollte die DGB-Führung ohne "Wenn und Aber" für folgende Forderungen kämpfen:

- ▶ Einen garantierten Arbeitsplatz oder vollen Lohn für alle!
- ▶ Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden Jugendlichen!
- ▶ Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Arbeitsfähigen! Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnverlust durch 35-Std.-Woche, 6 Wochen Mindesturlaub und Rentenalter 60 Jahre!
- ▶ Auslastung aller brachliegenden Produktionskapazitäten durch Beschäftigung der Arbeitslosen, um all die lebensnotwendigen Güter zu produzieren, die uns fehlen!
- ▶ Verbot von Überstunden und Sonderschichten!

Lebensstandard

Viele Kollegen - vor allem die schlecht bezahlten - werden jetzt sagen: "Aber ohne Überstunden bringen wir unsere Familien nicht mehr über die Runden!" In der Tat - Arbeitnehmer in den sogenannten Leichtlohngruppen kommen oft nicht einmal auf einen Nettoverdienst von 900 DM monatlich! Davon kann man wirklich keine Familie ausreichend ernähren. Ganz dringend notwendig ist deshalb

- ▶ Ein gesichertes Mindesteinkommen von 1.400 DM monatlich für alle!
- ▶ Verzicht auf Überstunden darf zu keinem Lohnverlust führen!
- ▶ Um die Kaufkraftverluste der vergangenen Jahre wettzumachen, brauchen wir eine Erhöhung von mindestens 200 DM Festgeld monatlich in der nächsten Tarifrunde!

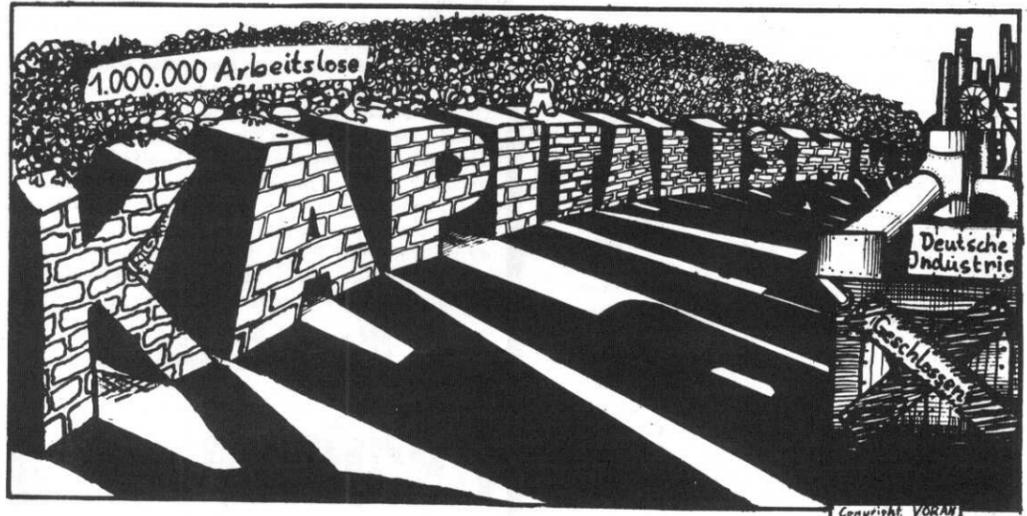
Rationalisierungen

Heutzutage investieren die Kapitalisten fast nur noch in Maschinen, die Arbeitskräfte vernichten. In diesem System wird Rationalisierung immer auf dem Rücken der Belegschaft durchgeführt. Wenn jedoch Rationalisierungen im Rahmen einer sinnvoll geplanten Wirtschaft eingesetzt würden, könnten sie ein Mittel sein, die Arbeit zu erleichtern und die Arbeitszeit zu verkürzen. Deshalb:

- ▶ Rationalisierungen dürfen nicht zu gesteigerter Arbeitshetze für die einen und Entlassungen für die übrigen führen!
- ▶ Stattdessen Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsentlastung für alle!

herren ihre Macht behalten dürfen, wenn sie nicht einmal unsere elementarsten Bedürfnisse befriedigen können? Der auf volkswirtschaftlicher Ebene rational geplante und demokratisch kontrollierte Einsatz aller vorhandenen Kapazitäten in allen Fabriken und Industriezweigen könnte sehr rasch alle vorhandene Not beheben und unsere Bedürfnisse befriedigen. Wir brauchen deswegen:

- ▶ Ein massives staatliches Programm öffentlicher Arbeitsbeschaffung! Der DGB muß ein konkretes Programm ausarbeiten! Wir brauchen dringend noch viele Schulen, Krankenhäuser, Wohnungen, Freizeitheime und Sportanlagen für alle!
- ▶ Die volle und entschädigungslose



Bankrotte

In der Wirtschaftskrise schnellte die Zahl der Bankrotte fieberhaft in die Höhe. Werkzeuge, Maschinen und Fabrikhallen werden einfach stillgelegt und verschrottet, während andererseits die Arbeitnehmer plötzlich zur Untätigkeit verurteilt sind. Welch ungeheure und sinnlose Verschwendung, nur weil der mörderische Konkurrenzkampf von Privatbesitzern zum Ruin geführt hat! Bei Gefahr eines Betriebsbankrotts müssen die Forderungen deswegen lauten:

- ▶ Keine Entlassungen!
- ▶ Offenlegung der Geschäftsbücher! Die Arbeiter haben nicht weniger Recht auf Einblick in die "Betriebsgeheimnisse" als die Besitzer! Wir wollen wissen, wo die Profite der vergangenen Jahre geblieben sind!
- ▶ Bei von ihren Besitzern bankrottgewirtschafteten Betrieben muß der Staat eingreifen und die alten Besitzer entschädigungslos enteignen!

Konkrete Antworten

Es wird immer offensichtlicher, daß die 50er und 60er Jahre das Beste waren, was der Kapitalismus anzubieten hat. Millionen von Arbeitern, Angestellten und Beamten erwarten von der DGB-Führung klare Antworten auf ihre Probleme. Es genügt nicht, "mehr qualitatives Wirtschaftswachstum" zu fordern, man muß auch sagen, wie dies zustande kommen soll. Es wird immer deutlicher, daß die Unternehmer und ihr System trotz Milliarden von "Investitionshilfen" aus der Tasche der Arbeitnehmer kein ausreichendes Wachstum mehr zustande bringen. Warum sollen diese Monopol-

Übernahme der 200 größten Konzerne, aller Banken, Versicherungen und Schlüsselindustrien in Staats-hand!

- ▶ Verwaltung und Kontrolle der betroffenen Betriebe und Industriezweige durch Aufsichtsräte, die zu je einem Drittel aus Vertretern der Belegschaft, des DGB und der Regierung bestehen!
- ▶ Die Erstellung eines demokratischen Volkswirtschaftsplans unter Einbeziehung aller betroffenen Bevölkerungsschichten!

Diese Forderungen müssen die Eckpfeiler des neuen DGB-Grundsatzprogramms sein, das in den nächsten Jahren ausgearbeitet werden soll. Alle Gewerkschafter und Sozialisten sind aufgerufen, ihre eigenen Ideen, Vorschläge und Forderungen einzubringen!

Hans-Gerd Öfinger, Mitglied der IG Druck und Papier

ARTIKEL ÜBER

- Monopolisierung.....S.3
- Geschichte der SPD.....S.4
- Bürgerkrieg in Nicaragua...S.6
- Tarifpolitik.....S.7
- Spitzenverdienste im DGB..S.7
- Gewerkschaftskongresse....S.8
- Wahl bei Daimler.....S.8

VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie!
Überregionale marxistische Zeitung für
SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft

Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN
Hammesberger Str. 75
5630 Remscheid

Konto: Postscheckamt Essen
H. G. Öfinger Nr. 170 20 435

Verantwortlicher Redakteur:
Hans - Gerd Öfinger

Druck: Gegendruck, Essen

ENTLASSUNGEN BEI DER HDW - WERFT

2.000 Kollegen sollen in den nächsten 2 Jahren bei den Howaldtwerken-Deutsche Werft AG (HDW) in Hamburg und Kiel auf die Straße gesetzt werden.

Die HDW gehören zu 75 % über den bundeseigenen Salzgitterkonzern dem Bund und zu 25 % dem Land Schleswig-Holstein, hat also keinen privaten Eigentümer. Die Forderung nach "Verstaatlichung der HDW" ist deshalb offensichtlich sinnlos. Diese Forderung ist auch in anderen Fällen kein Allheilmittel, solange sie als einzige erhoben wird.

Ein isolierter verstaatlichter Betrieb, der einer feindlichen kapitalistischen Umwelt gegenübersteht, bleibt auch den Gesetzen der kapitalistischen Entwicklung unterworfen. Die in- und ausländische Konkurrenz sowie der kapitalistische Staat werden immer Druck auf ihn ausüben.

Viele Fragen werden jetzt von den Beschäftigten diskutiert. Wie könnten diese Arbeitsplätze und Produktionskapazitäten vor der Vernichtung gerettet werden? Welches Programm könnte den betroffenen Arbeitern helfen? Wie kam es überhaupt zu einer solchen Situation?

Im Jahre 1977/78 hat HDW einen Nettogewinn von 255 Mio. DM ausgewiesen. Wo sind diese Profite geblieben? Wie wurden sie verwendet? Warum werden sie nicht dazu benutzt, daß die Arbeitsplätze durch die Senkung der Arbeitszeit (35-Std.-Woche, 6 Wochen Mindesturlaub und Rentenalter 60 Jahre) gerettet werden? Es ist höchste Zeit, daß ein von der Belegschaft und dem DGB gewähltes Komitee Einblick in die Geschäftsbücher erhält.

Fälle wie bei HDW werfen grundsätzliche Fragen auf: Wer soll die Kontrolle und Verwaltung über einen Betrieb haben, wenn er verstaatlicht ist? Im kapitalistischen System wird die Betriebsführung von verstaatlichten Betrieben meistens in den Händen der alten Besitzer oder ihres Managements belassen. Bei solchen Leuten sind die Interessen der Belegschaft natürlich nicht besser aufgehoben als vorher. Die einzige Alternative dazu ist es, verstaatlichte Betriebe durch einen Aufsichtsrat führen zu lassen, der zu je einem Drittel aus Vertretern der Belegschaft, des DGB und des Staats besteht. Die alten Eigentümer haben nichts mehr darin zu suchen.

Doch selbst ein verstaatlichter Betrieb unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung könnte auf die Dauer nicht gegen die übermächtige Privatkonzurrenz bestehen. Notwendig ist eine Koordinierung und Planung der Produktion des ganzen betreffenden Industriezweiges unter Staatsregie - wenn nötig, sogar auf internationaler Ebene. Gerade die katastrophale Schiffsbaukrise beweist, daß das System des gegenseitigen privaten Kaputt konkurrierens nur Arbeitsplätze und wertvolle Produktionskapazitäten vernichtet.

Alle SPD-Gliederungen, Juso-Gruppen und DGB-Ortskartelle in Hamburg und Kiel müssen den Fall HDW aufgreifen und jede Anstrengung unternehmen, um die bedrohten Arbeitsplätze zu retten.

*Keine Entlassungen bei HDW!

*Für demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung bei HDW!

*Verstaatlicht die gesamte Werftindustrie!

*Für die Ausarbeitung eines internationalen Plans zur Ausnutzung der Schiffsbaukapazitäten, ohne daß Arbeitsplätze verloren gehen!

VORAN! antwortet auf Leserfragen:

Was für einen Sozialismus wollt ihr?

Auf Anregung vieler VORAN-Leser will die Redaktion in dieser Form zukünftig regelmäßig auf Leserfragen eingehen. Dieses Mal wollen wir zu einer Frage Stellung beziehen, die von vielen Kollegen immer wieder gestellt wird. Sie ist eine der zentralsten Fragen der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt.

"Wenn Ihr dasselbe wollt, was es im Osten gibt, dann könnt ihr auf mich nicht zählen!" - Diese Einstellung vieler Kollegen ist sehr gut verständlich. Wer dieses sagt, hat meistens die völlige Unterdrückung der Arbeiterklasse in den Ostblockstaaten vor Augen. Dort werden Oppositionelle als "psychiatrische Fälle" in Irrenhäuser oder in Zwangsarbeitslager gesperrt. In den Betrieben herrschen Arbeitsbedingungen, die nicht besser sind als im Westen. Schlangen vor Lebens-



mittelläden sind nicht selten. Andererseits lebt die Elite dieser Staaten - die Spitzenfunktionäre der Partei, des Staates und der Gewerkschaften/- in Saus und Braus, verfügt über enorme Privilegien, wie luxuriösen Ferienvillen, Dienstwagen mit Chauffeur, eigenen, nur ihnen zum Einkauf bestimmten Läden, Privatärzten usw. Eine klassenlose Gesellschaft ist bei weitem nicht gegeben. Auf dem Gebiet der Wirtschaft herrschen Schwarzmarkt, bürokratischen Fehlplanungen, monströse Mißwirtschaft und Korruption vor.

Planwirtschaft...

Dieser Kritik schließt sich VORAN voll an

Aber bei aller Kritik dürfen wir die errungenen Fortschritte nicht vergessen.

In Ländern wie der UdSSR ist das System des privaten Besitzes an Produktionsmitteln und der Konkurrenz ein für alle mal abgeschafft. Die zentrale, staatliche Planwirtschaft hat gewaltige Fortschritte ermöglicht. Zwischen 1917 und 1970 hat sich der Anteil der UdSSR an der Weltindustrieproduktion von 3 auf 20% gesteigert. Zwischen 1913 und 1963 wuchs die gesamte Industrieproduktion auf das 52fache an! (In den USA versechsfachte sich die Produktion im selben Zeitraum nur, während sie sich in Großbritannien gar nur verdoppelte!)

Diese einzigartige Entwicklung ist einzig und alleine auf die Planung der Produktion zurückzuführen und kam zustande trotz vieler gigantischer Fehlplanungen.

Deswegen - und weil das kapitalistische System in Zukunft nur noch Krisen und Stagnation hervorbringen wird! - tritt VORAN! ein für eine grundlegende Veränderung der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur:

- Für die Verstaatlichung der 200 größten Konzerne und Monopole, aller Banken und Versicherungen.
- Für eine nationale volkswirtschaftliche Planung in allen Industriezweigen, die aufeinander abgestimmt sein muß.

mit Arbeiterdemokratie!

Nur so kann auch im Westen auf Dauer weiterer wirtschaftlicher Fortschritt gesichert werden. Andererseits wird eine staatliche Planwirtschaft ohne Kritikfreiheit und ohne echte Arbeiterdemokratie nur zur Fehlplanung und Verschwendung und zu der Herausbildung einer neuen diktatorischen Elite führen. Deshalb ist für uns ohne Arbeiterdemokratie mit echter Arbeiterkontrolle und -verwaltung über die Wirtschaft ein sozialistisches System nicht möglich.

Die Aufsichts- und Verwaltungsräte der einzelnen verstaatlichten Firmen könnten etwa folgendermaßen zusammengesetzt sein:

- Ein Drittel Vertreter der Belegschaft, damit deren praktische Erfahrung zum Zuge kommt und ihre Interessen gewahrt werden.

Seminar

Erfolgreich ging Ende September ein Wochenendseminar zu Ende, zu dem die Redaktion VORAN die Verkäufer und Leser der Zeitung eingeladen hatte. Genossen und Kollegen aus dem Norden und Süden, Osten und Westen der BRD folgten der Einladung.

Am ersten Tag standen zwei Referate im Vordergrund: 1. Wie sollten Sozialisten zu den osteuropäischen Staaten stehen? Sind diese Staaten sozialistisch? 2. Ist die Politik des sogenannten Eurokommunismus eine echte Alternative für uns, ein neuer Weg zum Sozialismus? Die Referate fanden sehr großes Interesse bei den anwesenden Genossen, und dementsprechend lebhaft verlief auch die Diskussion.

Ein Vertreter der Redaktion VORAN hatte schon zu Beginn des Wochenendes darauf hingewiesen, daß es für uns keine künstliche Trennung zwischen Theorie und Praxis geben kann. Deswegen wurden die besagten Themen auch unter praktischen Gesichtspunkten geführt. Schließlich wurde auch der zweite Teil des Wochenendseminars dazu verwandt, um ganz konkret den Aufbau von VORAN als starkes Organ in der Arbeiterbewegung zu besprechen. Dabei brachten viele Genossen hervorragende Anregungen, wie man in Zukunft die Zeitung verbessern, den Verkauf steigern und mehr Spenden sammeln kann.

Voran aktiv aufbauen!

Ich arbeite seit einigen Jahren in einem Hamburger Großbetrieb der Maschinenbaubranche zusammen mit ungefähr 2499 weiteren Kolleginnen und Kollegen. Nach der Volksschule habe ich die Lehre als Dreher angefangen. Durch meine eigene Erfahrung und das, was ich allgemein mitbekommen habe, hat sich im Laufe der Zeit meine Grundeinstellung gefestigt: Da ich aus der Arbeiterklasse komme, kann ich nur einen Weg anstreben - und zwar den zum Sozialismus. Mir hat immer aufgestoßen der starke staatliche Bürokratismus hierzulande und negative Berichte über die Lebensweise der herrschenden Klasse, mit ihren Jachten im Mittelmeer und so weiter. Und im Gegensatz dazu das Alltagsleben des einfachen Mannes. Ich sehe ja, wie die Arbeiter sich nach ihrer Arbeitszeit nicht einmal in guten sanitären Einrichtungen auf ein gutes Privatleben vorbereiten können. In Großduschen stehen sie da wie die Tiere im Schlachthof. Durch das Lesen von verschiedenen Büchern hat sich meine Abneigung gegen die Springerpresse verstärkt. Das Fernsehen wurde mir zu langweilig. Ich habe durch verschiedene Zeitungen etwas getan, um meinen politischen Horizont zu erweitern. Ich bin auch zur Überzeugung gelangt, daß ich nicht auf den Kopf gefallen bin, obwohl ich keine Universität besucht habe.

Es ist mein Hauptanliegen, die Springerpresse zu bekämpfen und eine Alternative dazu zu finden. Diese Alternative sehe ich eventuell darin, zusammen mit anderen Juso-Mitgliedern an der Zeitung VORAN zu arbeiten. Ich komme aus der arbeitenden Bevölkerung und sehe die Probleme tagtäglich. Ich will dafür sorgen, daß diese Erfahrung in der Zeitung zum Ausdruck kommt.

Nach meinem Eintritt in die SPD erklärte ich mich in meinem Disktrikt bereit, an der SPD-Disktriktzeitung mitzuarbeiten. Ich dachte, ich könne dort meine Meinung kundtun, aber das war nicht so. Ich nahm den Kontakt zur örtlichen Juso-Gruppe auf und hörte von einem Genossen, der sich als sehr guter Kumpel erwiesen hat, von der Zeitung VORAN. Er bemühte sich darum, daß ich mich in der Juso-Gruppe gut aufgehoben fühlte. Bei einer sehr kameradschaftlichen VORAN-Diskussionsrunde konnte ich erste Eindrücke gewinnen, wie VORAN zu einigen Themen steht.

Ich wurde dann zu dem VORAN-Seminar Ende September eingeladen. Es wurden zu gesellschaftlichen Themen Referate gehört und ausführlich diskutiert. Das ganze verlief sehr kameradschaftlich, und ich war auch längst nicht der einzige Arbeiter in der Runde. Ich hatte ja vorher nur das Urteil gehört, bei den Jusos seien nur Akademiker.

Diese Referate waren auch für mich verständlich, und ich habe mich auch rege an der Diskussion beteiligen können. In den Frei-

➤ Ein Drittel Vertreter der Gewerkschaften (DGB), damit die Arbeiter anderer, angrenzender Branchen und Betriebe ebenfalls Gehör finden.

➤ Ein Drittel Vertreter des Staates (Regierung), um die Interessen einer breiten Öffentlichkeit zu berücksichtigen, und weil der Staat in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung die ganze Rahmenplanung koordinieren muß.

Um eine Bürokratisierung und Pöstchenjägerei vorneweg auszuschalten, sind die folgenden Voraussetzungen unabdingbar:

➤ Alle Funktionen und Posten werden demokratisch durch Wahlen besetzt - Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre.

➤ Abschaffung aller materiellen Privilegien für Arbeiterfunktionäre! Kein Funktionär darf mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen.

➤ Niemand erwirbt einen Posten auf Lebenszeit; die Verwaltungsarbeit muß allmählich von allen durchgeführt werden.

➤ Kein Einparteiensystem, sondern volle Freiheiten für alle Parteien, die das Gemeineigentum an Produktionsmitteln anerkennen und auch für solche, die nicht mit Waffengewalt das System abschaffen wollen.

VORAN tritt für eine Verwirklichung dieser Prinzipien in Ost und West ein!

In einer echten sozialistischen Arbeiterdemokratie wird es keinen Grund mehr geben, um Kritiker mundtot zu machen und einzeln oder auszusperrn.

Denn auf dem Niveau der Wissenschaft und Technik der BRD heute, ließe sich bei einer vernünftigen demokratischen Planung sehr schnell die Arbeitszeit für alle auf 35 oder sogar 30 Stunden pro Woche senken, ohne daß der Lebensstandard darunter leiden müßte. Soziale Sicherheit wäre eine Selbstverständlichkeit. Das kapitalistische Elend gehörte bald der Vergangenheit an. Der einzelne Arbeiter hätte mehr Zeit zur Weiterbildung, zur Mitwirkung an der Planung und Kontrolle und nicht zuletzt auch mehr Zeit für sich und seine Familie. Kurt Pfeifle

Kampffonds

Wegen plötzlicher Erkrankung unserer Kampffonds-Organisatorin kurz vor Redaktionsschluß muß ein detaillierter Kampffonds-Bericht in dieser Ausgabe leider entfallen.

Beim jüngsten VORAN-Seminar konnten runde 135,- DM in bar eingesammelt werden.

Die vielen guten Vorschläge zum Spendensammeln, die beim Seminar gemacht wurden, haben sich diesmal natürlich noch nicht konkret niedergeschlagen. Viele Genossen haben sich beispielsweise dazu verpflichtet, Blut zu spenden.

Manche Mark konnte auch wieder eingetrieben werden aus Verkaufsüberschüssen und Sammlungen bei VORAN-Diskussionsabenden. Schließlich haben auch mehrere Betriebsräte aus dem Bergischen Land ihren Teil beigesteuert. Allen Spendern herzlichen Dank. Aber nach wie vor gilt die Devise: Es reicht noch längst nicht aus! Wer VORAN für gut, notwendig und unentbehrlich hält, muß auch regelmäßig mit seiner Spende mithelfen.

SPENDENKONTO:
ANGELA BANKERT -
2422 50 432 - POSTSCHECKAMT
ESSEN

UNAUFHALTSAME MONOPOLISIERUNG

Von „freier Marktwirtschaft“ kaum noch eine Spur!

1976 veröffentlichte die neu eingesetzte „Monopolkommission“ ihr erstes Hauptgutachten über die Entwicklung der Unternehmenskonzentration und des Wettbewerbs in der Bundesrepublik. Es umfasste 750 Seiten und stand unter dem vielversprechenden Titel „Mehr Wettbewerb ist möglich“. Diese Auffassung wurde auch von der Bundesregierung in einer Stellungnahme unterstrichen.

Kürzlich erschien nun das zweite Hauptgutachten der Kommission, fast ebenso umfangreich (550 Seiten), aber diesmal mit dem ernüchternden und zutreffenden Titel „Fortschreitende Konzentration bei Großunternehmen“. Zwei Jahre sind seit dem ersten Gutachten vergangen; sollte die Wiederherstellung und Stärkung des „freien Wettbewerbs“ womöglich doch nicht so leicht zu bewerkstelligen sein?

Dies sind die Fakten:

1977 gab es in der BRD 123 Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mindestens einer Mrd. DM; 18 dieser Konzerne erreichten sogar einen Umsatz von 10 Mrd. oder mehr, und immerhin 7 übertrafen sogar die 20 Mrd.-DM-Grenze!

Zahl der Konzerne (1977)	übertrafener Jahresumsatz
7	20 Mrd. DM
18	10 Mrd. DM
123	1 Mrd. DM

Gemeinsam erzielten die 123 „Umsatzmilliardäre“ einen Jahresumsatz von 600 Mrd. DM - das entspricht 50% des Bruttosozialproduktes (BSP) desselben Jahres. Der Gesamtumsatz der westdeutschen Industrie betrug dagegen „nur“ 844 Mrd. DM (Die Industrie ist der mit Abstand wichtigste und größte Wirtschaftsbereich). Und dabei machten die genannten 123 Superkonzerne noch nicht einmal 0,5% der Gesamtzahl der bundesdeutschen Unternehmen (ca. 40 000) aus!

In fast allen Wirtschaftszweigen kontrollieren und beherrschen eine Handvoll Monopole den Markt. Ein anschauliches Beispiel aus dem Rasiergeschäft liefert die deutsche Gillette-Gruppe, der auch Braun gehört und die 1977 auf Platz 122 der Liste vorstieß: Mindestens jeder 2. deutsche Mann wird von dieser Unternehmensgruppe entweder trocken oder naß rasiert und jeder 3. dazu auch noch von ihr eingeseift.

Die 100 größten Unternehmen waren 1976 an rund 4 800 anderen inländischen Gesellschaften beteiligt; besonders aktiv im Beteili-

gungsgeschäft sind seit eh und je die Großbanken. Die Großkonzerne selbst sind wiederum mit einander durch zahlreiche gemeinsame Tochterunternehmen verflochten.

Die gleichen 100 Konzerne waren in den Jahren 1974-76 an 436 Unternehmenszusammenschlüssen (Fusionen) mit einem Umsatzvolumen von rd. 30 Mrd. DM beteiligt - das sind fast 50% der in diesem Zeitraum meldepflichtigen Fusionen.

Die Gesamtzahl der angemeldeten Fusionen hat sich in den letzten Jahren mehr als verdacht: von 65 im Jahre 1967 auf 554 im vergangenen Jahr. Die letztgenannte Zahl liegt wiederum um 101 höher als im Jahr davor (1976).

1966	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77
43	65	65	168	305	220	269	242	318	448	453	554

Die Zahl der Selbstständigen in der BRD hat in den letzten 25 Jahren von über 6 Mio. auf 4 Mio. abgenommen.

Folgerungen

Als Ergebnis ergibt sich also (und dies wird auch von der Monopolkommission registriert):

Die Großkonzerne werden immer größer, beherrschender und mächtiger. Immer mehr Selbstständige, kleine und mittlere Unternehmer werden zur Aufgabe gezwungen.

Der Konzentrationsprozeß in der westdeutschen Wirtschaft setzt sich unaufhaltsam und mit wachsendem Tempo fort.

Diese Entwicklung konnte die 1973 gesetzlich eingeführte

„Fusionskontrolle“ nicht im geringsten aufhalten - ganz im Gegenteil, ironischerweise konnten wir seitdem sogar eine erhebliche Verschärfung beobachten!

Diese nüchterne Bilanz straft das ständige Gerede von der sogenannten „freien Marktwirtschaft“ und vom „Wettbewerb“ Lügen, welche angeblich „unser“ System so überlegen machen. Die „Marktwirtschaft“ ist schon längst zu einer „Machtwirtschaft“ geworden, vom Wettbewerb alter, frühkapitalistischer Zeiten sind kaum noch Spuren erhalten.

Marx hatte recht

Der tatsächliche Verlauf des Konzentrationsprozesses ist eine glänzende Bestätigung der von Karl Marx vor über 100 Jahren aufgezeigten Entwicklungsgesetze der „Konzentration und Zentralisation des Kapitals“. Dieser Prozeß ist unaufhaltsam - weder durch Gesetze noch durch ohnmächtige politische Absichtserklärungen zu stoppen. Er wird trotz Fusionskontrolle, Kartellamt und ähnlichen Hilfsleistungen weitergehen. Ihm liegen nämlich ökonomische Gesetzmäßigkeiten zugrunde.

Aber die Verfechter der „freien

Marktwirtschaft“ und des „Konkurrenzkapitalismus“ von anno dazumal verschließen ihre Augen starrsinnig vor dieser Entwicklung - sie sehen nicht, was sie nicht sehen wollen (... und nicht sehen dürfen). Angesichts der Realität, der unwiderlegbaren Zahlen, die regelmäßig über die Konzentration ermittelt werden und angesichts ihrer eigenen Machtlosigkeit bleibt ihnen dann auch nur noch eines übrig: impotentes Moralisieren.

Tagträumerei

Sie beklagen die „höchst bedrohliche Entwicklung“, fordern hier ein „neues weitergehendes Kartellgesetz“, kritisieren dort die „mangelhafte Ausstattung der Kartellbehörde mit Eingriffsrechten“ und

beschwören die Wettbewerbsverhältnisse einer längst vergangenen Epoche. Sie wollen solche Verhältnisse nach Möglichkeit neu entstehen lassen, die radikalsten unter ihnen wären sogar bereit, zum Mittel der Entflechtung von Großkonzernen zu greifen.

Lambsdorffs Dienste

Der Energiegigant Deutsche BP AG will von dem Energiegiganten VEBA AG einen 25%igen Anteil an der Essener Ruhrgas AG abkaufen. Bei diesem Mammutgeschäft würde die BP durch Zukauf einiger VEBA-Brocken sich so stark vergrößern und mit solchem Tempo in den Gas-Markt einbrechen, daß sich das Kartellamt zu einem Verbot genötigt sah.

Jetzt wird um eine ministerielle Sondergenehmigung für das Geschäft nachgesucht, über die innerhalb von vier Monaten entschieden werden soll. Nun denn, Herr Dr. Otto Graf von Lambsdorff, die Reihe ist jetzt an Ihnen; Ihre Dienste werden von den Konzernen verlangt!

Abgesehen davon, daß die von ihnen zur Schau getragene Haltung darauf hinauslaufen würde, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, zurück zu den furchtbar unproduktiven Tagen des Kleinunternehmers des Handwerkers, Kleinbauern usw. - abgesehen davon: Haben sie sich einmal die Frage der politischen Durchsetzbarkeit ihrer Forderungen gestellt? Haben sie schon einmal darüber nachgedacht, warum alle bisherigen Gesetze und Maßnahmen gegen die Unternehmenskonzentration immer und grundsätzlich „zu spät“ kamen und „zu schwach“ waren?

Ist ihnen schließlich schon aufgefallen, daß die gleichen Bundesregierungen, an die sie ihre Appelle und Forderungen richten, zwar einerseits entschiedene Maßnahmen gegen die Konzentration versprechen, gleichzeitig jedoch andererseits durch ihr tatsächliches Handeln bewußt die weitere Monopolisierung fördern oder in Kauf nehmen? So erteilte z. B. der Bundeswirtschaftsminister in einigen Fällen, in denen das Kartellamt ei-

ne Fusion verbieten wollte (was selten genug ist) eine nachträgliche Sondergenehmigung wegen eines „überragenden gesamtwirtschaftlichen Interesses“ an gerade dieser Fusion. Dazu ist der Herr Minister nämlich kraft Gesetz befugt, (siehe auch Kasten)

Stahlkartell

Und wie sieht es mit der Haltung unserer Wettbewerbsapostel in Politik, Wirtschaft und Presse aus, wenn sie ihren Blick auf das seit längerem praktizierte „Krisenkartell“ der europäischen Stahlindustrie richten? Mit Hilfestellung der EG und der nationalen Regierungen sind in diesem Kartell die Produktionsmengen (Quoten) der einzelnen Konzerne zentral und exakt durch Absprachen festgelegt; ebenso gibt es obligatorische Mindestpreise, Orientierungspreise und Importbeschränkungen für die verschiedenen Stahlsorten. Das alles, um die gewaltigen Überkapazitäten im Stahlbereich geregelt und planmäßig abzubauen (d. h. schön gleichmäßig über Europa Arbeiter massenhaft zu entlassen) und die Profite der „notleidenden“ Stahlmagnaten zu sanieren. Ein ähnliches europäisches Kartell ist mittlerweile in der Faserindustrie in Vorbereitung.

Im Interesse der Konzerne mag dies ja alles richtig und vernünftig sein; aber mit „Freiheit des Marktes und des Wettbewerbs“ hat das nicht das geringste zutun. Natürlich nehmen die Unternehmer im Falle dieses von ihnen selbst verordneten Kartelles das Wort „Dirigismus“ nicht in den Mund, das sie sonst bei jedem noch so lächerlich kleinen Reförmchen den Politikern der SPD ins Gesicht schleudern. Dabei stellt das beschriebene „Krisenkartell“ einen recht eindeutigen Fall zentraler Planung in einer Branche dar - allerdings im privaten Interesse einiger Industriebosse und nicht im Interesse der dort beschäftigten Arbeiter oder der ganzen Gesellschaft, wie dies bei einer sozialistischen Planung der Fall wäre. Wie heißt es im Godesberger Programm? „Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ist ... zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik...“

Eben diese „Bändigung“ ist bisher kläglich gescheitert, gerade wegen der „freiheitlichen“ Wirtschaftspolitik... Joachim Heuck

MEHR LEHRSTELLEN MÜSSEN HER!

Kapital kann der Jugend keine Zukunft bieten

Es ist ein Skandal, daß in diesem Herbst wieder Zehntausende von Jugendlichen vor verschlossenen Türen stehen, wenn sie auf Arbeits- oder Lehrstellensuche sind. Kaum jemand kann sich vorstellen, was es bedeutet, 20 bis 30 Bewerbungen schreiben loszuschicken und anschließend bei den Vorstellungsgesprächen immer dieselbe lapidare Antwort zu hören: „Es tut uns leid...“ Diese Erfahrung muß man selbst gemacht haben.

Während die Welle der geburtenstarken Jahrgänge jetzt auf den Arbeitsmarkt zurollt (die Zahl der Schulabgänger erreichte dieses Jahr fast die Millionengrenze), sind in den letzten Jahrzehnten die Lehrstellen drastisch abgebaut worden: Insgesamt hat sich die Lehrstellenkapazität von 1955 bis 1977 um 50% auf 1,5 Mio. reduziert.

Nicht einmal Prämien von 5.000 bis 8.000 DM, die aus öffentlichen Geldern den Unternehmen für jeden zusätzlichen Ausbildungsplatz zugeschanzt wurden, haben zu einer spürbaren Verbesserung geführt. Oftmals kassierten die Unternehmer nur die Prämien, um die Jugendlichen nach einer „Ausbildung“ (die dann vielfach in reinen Hilfstätigkeiten bestand) wieder auf die Straße zu setzen. In anderen Fällen mußten sich Werkzeugmacher nach beendeter Lehre, die sie mit vorzüglichen Leistungen abgeschlossen hatten, ans Fließband der betreffenden Firma

stellen, wollten sie überhaupt in der Firma weiterbeschäftigt werden.

Erst kürzlich wurde von halboffizieller Seite zugegeben, daß die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen unter 20 Jahren viel höher liegt,



als bislang in den offiziellen Statistiken zugegeben wurde. Im Mai 1976 waren nach offiziellen Angaben 85.000 Jugendliche ohne Beschäftigung. Wie das Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut (SOFI) in Göttingen jedoch ans Tageslicht brachte, waren mindestens 100.000 weitere arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahren nicht in den Statistiken geführt. „Mit aller Vorsicht wurde diese Rechnung aufgestellt“, so die verantwortlichen Wissenschaftler. Die riesige Fehlquote kommt hauptsächlich deswegen zustande, weil

Schulabgänger - ohnehin ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld - sich oft erst gar nicht beim Arbeitsamt melden, sondern auf eigene Faust Stellen suchen.

Angeht es diesen neuen erschreckenden Zahlen ist es kein Wunder, daß immer mehr Jugendliche Zuflucht nehmen zu Selbstmorden, Alkohol, Drogen, Randalieren und Kriminalität. Die ganze Misere der Situation der Jugendlichen kommt in zunehmender Verunsicherung, Existenzangst und Demoralisierung zum Ausdruck.

Ist das alles, was uns das kapitalistische System heutzutage anbieten kann? Gibt es wirklich keine Alternative zu den leeren Versprechungen vieler Politiker und ihrer Appelle, „geduldig zu bleiben“? Ich könnte mir schon eine Lösung vorstellen; aber dafür müßten die Monopole zu Fall gebracht werden.

Selbst der DGB hat bisher eine kämpferische Politik und echte Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit vernachlässigt. Schöne Worte helfen uns nicht weiter. Wenn wir jedoch nicht selbst aktiv werden, sondern immer nur auf andere warten, ist uns auch nicht besser gedient. Also: Nichts wie rein in die DGB-Jugend und dort selbst für unsere Interessen kämpfen! Dort werden wir viele antreffen, denen es ähnlich geht wie uns.

Andreas Baumgarten
Mitglied der IG Metall

Nach der hessischen Landtagswahl KEIN GRUND ZU JUBEL

Die wahltaktische Verwandlung des Alfred Dregger vom reaktionären Rechtsaußen der CDU zu einem „liberalen“ Politiker, hat bei den Wählern nicht den gewünschten Erfolg gezeigt: Die Mehrheit hat sich nicht täuschen lassen und den Träumen der CDU von einer Alleinregierung eine klare Abfuhr erteilt. Die SPD konnte ihren Stimmenanteil von 43,2% bei der Landtagswahl 1974 auf 44,3% leicht erhöhen. Doch ist dies ein Grund für überschwenglichen Siegestaumel?

Natürlich ist es ein Erfolg, daß die CDU mit ihrer ausgesprochen arbeitnehmerfeindlichen Politik nicht zum Zuge gekommen ist. Doch gerade aus einer Anti-Haltung gegenüber dieser Politik, verkörpert in dem ebenso arroganten wie berechnenden Dregger, hat die SPD so viele Stimmen bezogen.

Nicht, weil die SPD ein klares Programm angeboten hat, sondern weil vielen deutlich wurde, daß sie unter einer CDU-Regierung nur viel Schlimmeres zu erwarten haben, ist eine gewisse Mobilisierung (88% Wahlbeteiligung!) besonders in den Städten zugunsten der SPD möglich geworden.

Wie auch die ersten Analysen am Wahlabend zeigten, kann das Ergebnis nicht befriedigen. So ist ein beträchtlicher Teil Stimmen an die FDP abgegeben worden. Die SPD hatte dem Werben der FDP um „Leihstimmen“ nicht energisch widersprochen und so vielleicht zwei

Prozent oder mehr verschenkt. Einige kritische, jüngere Wähler stimmten für die Grüne Liste Hessen, immerhin ein Prozent, während die rechte GAZ ihre weniger als ein Prozent meistens von der FDP geholt haben dürfte. Die linken Splittergruppen einschließlich DKP konnten sich nicht mehr als ihre Bedeutungslosigkeit bescheinigen lassen.

Ohne die „Wahlhilfe“ der SPD wäre die FDP mit weniger als 5% nicht mehr in den Landtag gekommen und hätte die SPD die CDU klar überunden können.

Ein energischerer Wahlkampf der SPD mit klarer politischer und konkreter Aussagekraft hätte durchaus eine Alleinregierung ermöglicht und nicht nur eine leichte Verbesserung gegenüber dem ohnehin schlechten Ergebnis von 1974, das nur noch durch die erdrutschartigen Einbrüche der SPD bei den letztjährigen Kommunalwahlen unterboten wurde. Viele Jusos und kritische Parteimitglieder haben im Wahlkampf mit Kritik und Bedenken zurückgehalten. Viele Arbeiter haben nicht aus Begeisterung, sondern vor allem angesichts der drohenden „Alternative“ Dregger oftmals zähneknirschend der SPD ihre Stimme gegeben.

Die Angst vor Strauß und Dregger mag zwar viele Arbeiter noch weiterhin SPD wählen lassen. Sie allein kann jedoch nicht ein fehlendes Programm ersetzen.

DIE SPD AM VORABEND DER

In unserer letzten Ausgabe erinnern wir an die Kämpfe der deutschen Sozialdemokratie gegen das Bismarck'sche Sozialistengesetz. Die herrschende Klasse hatte versucht, mit brutaler staatlicher Unterdrückung die aufstrebende Arbeiterbewegung zu schwächen, zu lähmen und zu demoralisieren. Doch alle diese Versuche Bismarcks schlugen schließlich völlig fehl. Nach anfänglichen Rückschlägen erholte sich die organisierte Arbeiterbewegung recht schnell, und in jenen Jahren der Unterdrückung wuchs die Stimmen- und Mitgliederzahl der Partei auf ein Vielfaches an. Der Kaiser selbst sah sich schließlich gezwungen, das Verbot der Sozialdemokratie 1890 aufzuheben.

Aufschwung

Die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts waren gekennzeichnet von einem ungeheuren strukturellen Aufschwung des Kapitalismus, der nur von kleineren Rezessionen unterbrochen war.

DEUTSCHE INDUSTRIE-PRODUKTION 1867-1902 (1913=100)

1867-1875:	20
1876-1886:	27
1887-1893:	39
1893-1902:	57

Meistens kann man die Stahlproduktion als einen guten Maßstab für die Entwicklung der Wirtschaft ansehen. Der Aufschwung des deutschen Kapitalismus war so stark, daß die deutsche Stahlproduktion die englische in sehr kurzer Zeit überholte:

STAHLPRODUKTION

	Deutschland	England
1870	0,2	0,2
1880	0,6	1,3
1890	2,2	3,6
1900	6,6	4,9
1910	13,7	6,4
1913	18,3	7,7

Man darf auch nicht vergessen, daß sich in jener Zeit die deutsche Industrie stark konzentrierte und monopolisierte. Es war dies die Zeit, in der viele Firmen gegründet wurden, die noch heute manche Branchen in der BRD beherrschen: Krupp, AEG, Siemens...

Dies alles schlug sich natürlich in einem starken Anwachsen der Arbeiterklasse nieder. Die Zahl der Industriearbeiter stieg von 4,1 Mio (1882) über 5,6 Mio. (1895) auf 7,8 Mio. (1907) an, und ihr Anteil an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung machte schließlich ein Drittel aus.

Durch zahlreiche harte Kämpfe konnte die Arbeiterbewegung den Lebensstandard in gewissem Maße steigern.

GELDLÖHNE 1870-1914, Auszüge (1900=100)

1870:77	1900: 100
1881:78	1910: 121
1891:91	1914: 134

Natürlich stiegen auch die Lebenshaltungskosten erheblich an, aber dennoch ging es mit den Reallohnern bergauf. Dies war aber kein gültiges Geschenk der Herren Kapitalisten, sondern ein Ergebnis großer, harter und zäher Streikbewegungen. 1888 streikten beispielsweise die Bergarbeiter im Ruhrgebiet, streikende Hamburger Arbeiter wurden ausgesperrt. Die Arbeiter forderten im Rahmen der Aktion der Sozialistischen Internationale den 8-Stunden-Tag. Diese Kämpfe wurden von den stark anwachsenden Gewerkschaften geführt, deren Mitgliederzahlen zwischen 1897 und 1913 von 412.359 auf 2.548.763 anstiegen.

Stärkung der SPD

Die erfolgreichen Kämpfe brachten nicht nur eine Lohnerhöhung, sondern auch eine Arbeitszeitverkürzung von 11 Stunden täglich (1893) auf 9,5 Stunden (1914). Die SPD umfaßte 1913 eine Million Mitglieder und wurde zur stärksten Partei im Reichstag.

Hier ein Überblick der SPD-Wahlergebnisse der Reichstagswahlen:

1893	23,3 %
1898	27,2 %
1903	31,7 %
1907	28,9 %
1912	34,8 %

Bei den preußischen Landtagswahlen zeigte sich besonders die starke Ungerechtigkeit des Dreiklassenwahlrechts:



1911 demonstrierten in Berlin mehr als 200.000 gegen das Drei-Klassen-Wahlrecht.

Von der SPD wurden mit 600.000 Stimmen ganze 6 Abgeordnete gestellt, während die Konservativen für 212 Abgeordnete nur ganze 418.000 Stimmen brauchten.

Bürokratisierung

Für viele Genossen ist die Sozialdemokratie vor dem 1. Weltkrieg ein Musterbeispiel einer mächtigen und vorwärtsschreitenden sozialistischen Partei.

Aber der Schein trügt: Die SPD war jetzt nicht mehr die sozialrevolutionäre Partei, die sie nach dem Fall des Sozialistengesetzes gewesen war. Obgleich sie immer noch an den Worten von Marx und Engels festhielt, war sie jetzt in der Praxis eine reformistische Partei mit starken bürokratischen Tendenzen.

Die SPD gab 90 Tageszeitungen heraus, die insgesamt 1,4 Millionen Abonnenten hatten. Die Partei rühmte sich einer großen Frauenbewegung, einer Jugendbewegung, eines reichhaltigen Erwachsenenbildungsprogramms und sogar einer Schule für die Ausbildung der Parteisekretäre. Die verschiedenen Unternehmen der Partei hatten einen Gesamtwert von 21,5 Millionen Mark und beschäftigten 3.500 Leute.

Die Anfänge einer Bürokratisierung lagen aber schon weit zurück. Schon 1879 beklagte Engels in einem Brief die Verbürgerlichungstendenzen gewisser SPD-Reichstagsabgeordneter (z. B. Kayser, der für die Steuergesetzesvorlage Bismarcks stimmte). Da die Reichstagsabgeordneten damals keine Diäten bekamen, konnten nur Kandidaten mit privaten finanziellen Mitteln gewählt werden, wie z. B. Rechtsanwälte. Die Reichstagsfraktion setzte sich so bald sozial ganz anders zusammen als die Masse der SPD-Wähler.

Ab 1904 wurde der Vorstand der SPD ermächtigt, hauptamtliche Sekretäre auf allen Ebenen der Organisation einzustellen. Solche Sekretäre verdienten mit 2.000 Mark jährlich schon damals doppelt so viel wie ein gelernter Arbeiter. Gewerkschaftsfunktionäre kamen auf 5.000 bis 6.000 Mark pro Jahr.

Der Lebensstandard eines solchen Funktionärs entsprach dem eines mittleren Beamten oder gar eines Kleinkapitalisten.

Indem die Arbeiterorganisationen jetzt mehr Spartenorganisationen, Angestellte, Eigentum und Einkommen bekamen wurden sie immer mehr in die bestehende Gesellschaft eingeflochten. Jetzt hatte die SPD mehr als ihre Ketten zu verlieren.

Erfurter Programm

Die aktivsten Parteimitglieder hatten ab 1878 in voller Wucht die Unterdrückungsmaßnahmen des Staates am eigenen Leib zu spüren be-

kommen. Diese Erfahrungen trugen maßgeblich dazu bei, daß die marxistische Auffassung vom Staat als Unterdrückungsinstrument in den Händen des Kapitals sich durchsetzte. Diese marxistische Vorherrschaft schlug sich auch im Erfurter Programm nieder, welches sich die Partei nach dem Fall des Sozialistengesetzes im Jahre 1891 gab. Dieses Programm markiert einen gewaltigen Schritt nach vorne auf dem Weg der SPD als sozialdemokratische Massenpartei. Verfasser des theoretischen Teils war Karl Kautsky, damals lange Jahrzehnte hindurch der theoretische Sprecher des Parteivorstandes und "marxistischen Zentrums".

Allerdings zeigte das Programm schon eine wesentliche Schwäche und Einseitigkeit der ganzen Weltanschauung der Parteiführung auf, die später noch einmal zu fatalen Konsequenzen führen sollte. Das Programm beschrieb zwar im allgemeinen die Aussichten für die weitere Entwicklung des Kapitalismus: Einerseits eine immer weiter voranschreitende Anhäufung und Konzentration des Kapitals, andererseits ein ständiges Wachstum von Größe und Organisationsgrad der Arbeiterklasse. Diese Widersprüche, so das Programm, spitzen sich immer weiter derart zu, daß schließlich zwangsläufig das System zusammenbricht und die Arbeiterklasse die sozialistische Revolution durchführen muß.

Tagespolitik

Für die Verfasser des Programms war die Frage der sozialistischen Umwälzung eine rein mechanische Frage. Sie verließen sich letzten Endes darauf, daß die Machteroberung durch die Arbeiterklasse automatisch eintreten würde - in der fernen Zukunft - und deshalb beschränkte sich die Praxis der Partei auf reine Tagesforderungen ohne Verbindung mit der Perspektive, daß eines Tages sich die sozialistische Umwälzung als praktische Aufgabe stellen würde. Engels kritisierte damals die steife Trennung zwischen dem kurzfristigen (Minimal-) und langfristigen (Maximal-) Programm und umriß die Gefahren:



BERNSTEIN UND KAUTSKY

"Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf die Dauer irreführen... Dies Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart willen mag "ehrlich" gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es..." (Engels, Kritik am Erfurter Programm, 1891)

Engels war sich im klaren darüber daß in dieser vergleichsweise ruhigen kapitalistischen Aufschwungszeit die Aufgabe darin bestünde, in Teilkämpfen um selbst die kleinsten Verbesserungen die Kraft von SPD und Gewerkschaften zu stärken. Dieser Periode würde jedoch unmittelbar ein Zeitabschnitt von Kriegen und revolutionären Umwälzungen folgen, in dem diese Macht der Arbeiterbewegung sich entscheidend auf die politische Machteroberung als dringende, unmittelbare Aufgabe umorientieren müßte.

Bernstein

Eduard Bernstein, der denjenigen Teil des Erfurter Programms schrieb, in dem die Tagesforderungen enthalten sind, gilt heute als der "Erfinder" des Revisionismus.

Bernstein gab aber lediglich der reformistischen Tagespraxis der SPD theoretischen Ausdruck. Er ließ sich von dem langen Aufschwung blenden und zog die Schlußfolgerung, daß der Klassenkampf überflüssig sei, weil der Kapitalismus ständig den Lebensstandard der breiten Masse verbessern könne. Er erklärte den Marxismus für "überholt". Die praktische Arbeit der SPD müsse sich ausschließlich beschränken auf parlamentarische Arbeit und den Ausbau von Reformen auf der Grundlage des Kapitalismus. Die Ideen Bernsteins sind vor allem auch wieder in der Nachkriegs-SPD aufgewärmt worden, was in den Reden der heutigen Parteiführer und im Godesberger Programm seinen Ausdruck fand.

Luxemburg

Auf der Linken entstand die Strömung der sogenannten "Linksradikalen". Rosa Luxemburg entwickelte zu Beginn des Jahrhunderts ihre politischen Ideen unter dem Eindruck einer sich verschärfenden nationalen und internationalen politischen Krise. Die Massenstreiks im Ruhrgebiet 1905 führten dazu, daß sie forderte, daß solche Bewegungen von SPD und Gewerkschaften aufgegriffen werden müßten. 1910 kam es wiederum zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Arbeitern, und Rosa Luxemburg stellte damals fest, die Partei könne einen Massenstreik weder ausrufen noch blockieren, sondern, wenn er ausbricht, müsse sie ihn anführen.

Im Gegensatz dazu war für Karl Kautsky der Massenstreik nur dazu nützlich, um Druck auf das Parlament auszuüben.

Die drei Fraktionen innerhalb der SPD (Linksradikale, Marxistisches Zentrum und Revisionisten) waren die Grundlage für die spätere Herausbildung der drei Parteien KPD, USPD und MSPD unter dem Eindruck von Weltkrieg und Revolution.

Es war jedoch eine entscheidende Schwäche des linken Flügels, daß er zwar örtlich einige Hochburgen in der Partei hatte, jedoch keine zusammenhängende Kraft darstellte wie das Zentrum und die "Bernsteinianer", die sich auf den Parteiapparat bzw. die Reichstagsfraktion stützen konnten. Der Linken fehlte eine einheitliche Stimme.

Kriegsvorbereitungen

Gegen Ende des Zeitabschnitts 1900-1913 fing die Wirtschaft an, zu stagnieren. 1913 brach eine Rezession (Überproduktionskrise) aus, die bis zum Kriegsausbruch 1914 andauerte. Die Kapitalkonzentration und Verflechtung zwischen den Monopolen und Banken nahm ständig zu. Es war der Übergang vom freien Konkurrenzkapitalismus zum Imperialismus, in dem die Großkonzerne einen entscheidenden Einfluß auf die Staatsgeschäfte ausübten. Die Eisen- und Stahlkonzerne, Schiffswerften, Chemiekonzerne hatten einen Riesenhangen auf Rüstungsaufträge. Es wurden von verschiedenen Teilen der Kapitalistenklasse Interessensverbände gegründet, wie etwa der Flottenverein, der Wehrverein oder der berüchtigte Alldeutsche Verein. Diese Vereine betrieben Propaganda für Aufrüstung, Patriotismus, Kolonialismus und Krieg.

Deutschland stieg erst viel zu spät in die allgemeine Jagd nach Kolonien ein und mußte so zwangsläufig in scharfen Konflikten kommen mit anderen imperialistischen Mächten, vor allem im Balkan.

Mit dem Bau einer großen Kriegsflotte ab 1898 wollte die herrschende Klasse nicht nur langfristige Aufträge für die Schwerindustrie sichern, sondern auch England gegenüber drohend auftreten und einen "Platz an der Sonne" (Reichskanzler von Bülow) sichern.

Ab 1912 fielen die Interessen der westdeutschen Schwerindustrie und der ostelbischen Junker zu-

sammen. Ihre Kriegsziele waren nicht gerade bescheiden: Eroberung weiter Teile Westrußlands (für die Junker), ein großes Kolonialreich in Afrika (zwecks Rohstoffen), deutsche Herrschaft mittel- und westeuropäische Wirtschaftsunion, Besetzung West- und Nordfrankreichs und Belgiens. Besonders die westdeutschen Kohle- und Stahlbarone Krupp, Kirdorf und Stinnes hatten schon zuvor in Lorraine und Nordfrankreich Anteile an Bergwerken erworben und wollten sich diese natürlich fest absichern.

Widerstand

Die zunehmende Kriegsvorbereitung der Imperialisten stieß auf den einhelligen Widerstand der internationalen Arbeiterbewegung. Inzwischen konnte sich die Sozialistische Internationale auf stattliche sozialistische Parteien in vielen Ländern stützen. Auf internationalen Sozialistenkongressen bekannten sich die Delegierten zum internationalen Zusammenhalt der Arbeiterklasse. 1907 in Stuttgart und 1912 in Basel wurden Resolutionen verabschiedet, in denen die Internationale sich verpflichtete, einen ausbrechenden Weltkrieg auszunutzen, um den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft zu beschleunigen. Der VORWÄRTS, Zeitung des Parteivorstandes der SPD, druckte noch am 25. Juli 1914 in einer Sondernummer einen flammenden Appell ab, der mit den Worten schloß:

"Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die Euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen Euch als Kanonenfutter mißbrauchen. Überall muß den Gewalt habern in die Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!"



Anti-Kriegs-Demonstration Juli 1914

Am 28. Juli 1914 folgten Hunderttausende von Arbeitern in so gut wie allen Städten diesem Aufruf und demonstrierten gegen die Kriegsfahrt.

Leere Worte

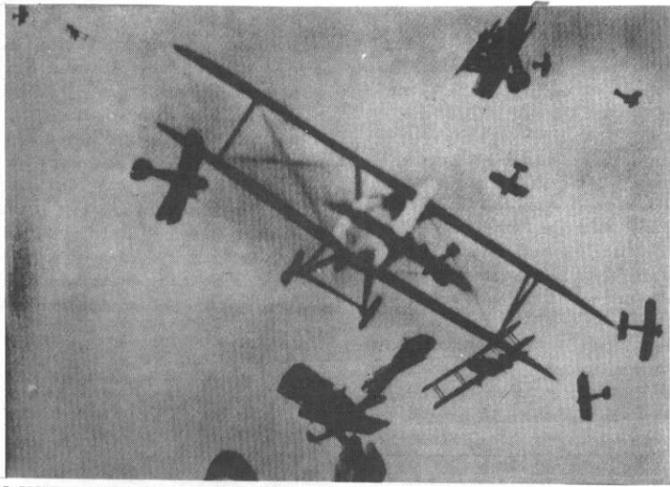
Doch wenige Tage später kapitulierten SPD und Gewerkschaften vor dem Druck und der bürgerlich-nationalen Kriegsbegeisterung und zogen mit. Die SPD-Fraktion billigte am 4. 8. 1914 im Reichstag die kaiserlichen Kriegskredite, und der ADGB (Gewerkschaftsbund) verzichtete im "Burgfrieden" auf irgendwelche selbständigen gewerkschaftlichen Aktionen während des Krieges. Am 2. August wurden alle noch andauernden Streiks abgebrochen und die Zahlung von Streikgeldern eingestellt.

STREIKSTATISTIK 1914-1918

Zeitraum	Anzahl	Beteiligte Arbt.
Jan-Juli 14	1199	94 014
Aug 14	0	0
Sep-Dez 14	24	1126
1915	141	12.866
1916	240	124.188
1917	562	651.461
1918	773	1.304.248

Die Bekenntnisse zur internationalen Solidarität verhalten wie leere Worte: Die sozialdemokratischen Parteiführungen fast aller Länder stellten sich auf die Seite ihrer eigenen nationalen Kapitalistenklasse, und Arbeiter wurden ins Schlächt-

REVOLUTION



LUFTSCHLACHT IM 1. WELTKRIEG

feld geschickt, um dort Arbeiter anderer Nationen zu ermorden. Dies bedeutete nichts anderes als einen politischen Zusammenbruch der Sozialistischen Internationale.

Krieg!

Die Tatsache, daß sich die eigene Partei- und Gewerkschaftsführung so voll und ganz auf die Seite des nationalen Kapitals gestellt hatte und jegliche Grundsätze des Internationalismus über Bord geworfen hatte, bewirkte natürlich bei der Parteimitgliedschaft wie auch der marxistischen Linken in der Partei einen unvorstellbaren Schock. Die Kriegsbegeisterung der ersten Tage, die noch große Teile der Arbeiterklasse angesteckt hatte, verflog sehr schnell, als sich das wahre Gesicht des Krieges zeigte. Die Arbeitslosigkeit schnellte in die Höhe,

Preise stiegen sprunghaft an, und dementsprechend sanken die Löhne und die Kaufkraft drastisch.

ENTWICKLUNG DER LEBENSHALTUNGSKOSTEN (1900 = 100)

1913 = 130	1916 = 221
1914 = 134	1917 = 329
1915 = 168	1918 = 407

Ab Dezember 1914 begann sich die Antikriegsopposition zu bilden. Es wurden Stimmen in der SPD laut gegen den Krieg. Allmählich brachten verschiedene SPD-Blätter Artikel, die den Krieg verurteilten. Unterdessen wurde der „Vorwärts“ zweimal von den Militärischen Oberbefehlshabern verboten. In Stuttgart erklärte eine Vertrauensleuteversammlung die ganze Reichstagsfraktion für „Lumpen und Schufte, die

40 Jahre lang die Partei belogen“ hätten.

Am 18. März 1915 demonstrierten 500 Frauen vor dem Reichstag gegen den Krieg. Es war dies ein erster offener Ausdruck der Unzufriedenheit. Der Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht, der inzwischen für seine Ablehnung der Kriegspolitik bekannt geworden war, wurde besonders begrüßt.

SPARTAKUS-Gruppe

1916 traten bereits zehnmal so viele Arbeiter in den Streik wie 1915. Im selben Jahr kam es auch zu den ersten politischen Streiks, die in der Forderung nach Frieden gipfelten. Die staatliche Gewalt versuchte mit aller Schärfe, den aufkommenden Widerstand zu ersticken. Die SPD-Fraktion zog hierbei mit und schloß sogar im Januar 1916 Liebknecht aus ihren Reihen aus. Dieser war einer der Gründer der Spartakusgruppe am 1.1.1916. Am 1. Mai desselben Jahres wurde er bei einer Kundgebung verhaftet, worauf zahlreiche Solidaritätsstreiks- und Demonstrationen organisiert wurden, so in Berlin, Kiel, München, Braunschweig, Jena, Magdeburg und Hannover. Hierbei war besonders erfolgreich der Braunschweiger Jugendstreik 1916, der 2.000 junge Fabrikarbeiter umfaßte. Die Antikriegsopposition wurde immer mehr aus den Reihen führender Gewerkschaftler gestärkt.

1917 erreichte die Streikbewegung einen neuen Höhepunkt. Die wirtschaftlichen und politischen Streiks erfaßten mehr Arbeiter als im Rekordjahr 1905. Unter dem Einfluß der russischen Februarrevolution wurde im April 1917 die USPD gegründet, die sehr rasch zu einer Massenpartei der Anti-Kriegsopposition wurde.

Kriegs-Opposition

Im Sommer kam es zu ersten Matrosenunruhen. In Wilhelmshaven meuterte die Besatzung des Panzerkreuzers „Prinzregent Luitpold“, zwei berühmte Matrosen wurden da-

rauf hin hingerichtet: Reichpietsch und Köbis. Erstmals wurden auf deutschem Boden (bzw. Hoheitsgebiet) Matrosenräte gegründet... Große Streikbewegungen gab es auch in Oberschlesien, Rheinland-Westfalen und Mitteldeutschland, nicht zuletzt auch im Saarland.



Das Jahr 1917 brachte auch eine Wende in der militärischen Lage. Die USA warfen 1,2 Millionen frische Soldaten gegen Deutschland an die Front. Der deutsche Imperialismus war im Innern wie im Äußeren auf dem Rückzug.

Im Januar 1918 streikten 400.000 der 650.000 Berliner Industriearbeiter. Die Forderung nach Frieden hallte durch das ganze deutsche Reich, ebenso wie weitere zentrale politische Forderungen gegen die Militärdiktatur. In immer mehr Betrieben wurden Arbeiterräte gebildet.

Im Sommer 1918 kamen führende Generale zur Schlußfolgerung, daß nur noch eine Liberalisierung von oben eine Revolution, von unten verhindern könne. Sie drängten den Kaiser zum Rücktritt. Der sozialdemokratische Führer Friedrich Ebert meinte in jenen Tagen vor der revolutionären Explosion: „Ich hasse die soziale Revolution wie die Sünde!“

KARL BURKHARDT

In der nächsten Ausgabe von VORAN werden wir einen ausführlichen Artikel zum 60. Jahrestag der Novemberrevolution bringen.

MARXISTEN GEGEN TERRORISMUS

In den letzten Wochen konnten wir häufig in den Zeitungen über Fahndungserfolge der Polizei lesen: einige schon länger gesuchte Terroristen wurden festgenommen. Aber niemand sollte glauben, daß das Problem des Terrorismus nun endgültig gelöst ist, denn die Festnahmen und Waffenfunde haben den Terroristen keinesfalls sämtliche Operationsmöglichkeiten genommen. Mit weiteren Terrorakten muß also gerechnet werden - Grund genug für uns, die entscheidenden Unterschiede zwischen Marxisten und ausgeflippten Kleinbürgern, die ungeduldig in blindwütigen Terror flüchten, aufzuzeigen.

Was meinen nun diese selbsternannten „Freiheitskämpfer“ durch ihren Terror erreichen zu können? Ihre Strategie ist so einfach, wie sie falsch ist. Man glaubt, es müsse nur ein Repräsentant dieses kapitalistischen Systems umgebracht zu werden, und dann würde es den Lohnabhängigen wie Schuppen von den Augen fallen, daß wir den Sozialismus (oder das, was die Terroristen darunter verstehen) brauchen. Man glaubt also, die zum Sturz des Kapitalismus notwendigen Massenaktionen der Arbeiterklasse durch die Chemie einer Bombe auslösen oder sogar ersetzen zu können.

DIENER DER REAKTION

Daß diese Strategie völlig verückt ist, leuchtet jedem ein, der sich einmal die Konsequenzen des Terrorismus anschaut: Die Folge der Ermordung Schleyers war nämlich nicht der revolutionäre Generalstreik, sondern ein vom DGB ausgetragener fünfminütiger „Solidaritätsstreik“ mit dem ermordeten Arbeitgeberpräsidenten

ten, wodurch die unversöhnlichen Klassengegensätze zwischen Kapital und Arbeit immer mehr verstärkt wurden. In einer solchen Situation ist es für reaktionäre Kräfte natürlich leicht, bei der Bevölkerung Angst zu erzeugen, um dann sogenannte „Antiterrorgesetze“ verabschieden zu können, die natürlich nicht nur auf Terroristen anwendbar sind, sondern in Zukunft auch gegen radikale Arbeiterführer eingesetzt werden können, um so die Klassenkämpfe zu bremsen. Außerdem wird durch den Terrorismus unser Ziel, der Sozialismus, verleumdet, denn die Terrorakte werden ja im Namen des „Sozialismus“ begangen. Dadurch wird es der Reaktion leicht gemacht, Terror und Sozialismus auf eine Stufe zu stellen. Zu der „normalen“ Beschmutzung des Sozialismus durch die stalinistischen osteuropäischen Staaten, die sich ja auch sozialistisch nennen, kommt also nun noch ein weiterer „Nestverschmutzer“ hinzu, wodurch die politische Arbeit aller ehrlichen Marxisten natürlich erschwert wird. Der Terrorismus schafft also nicht nur keinen Sozialismus, sondern dient auch einzig und allein der Reaktion.

STAATSGEWALT

Aber wie kommt es nun eigentlich dazu, daß aus ordentlichen Bürgerkindern Terroristen werden? Dabei muß man sehen, daß die Terroristen selbstverständlich nicht geistesgestört sind oder so, sondern daß unter anderem auch der Staat daran eine nicht unwesentliche Schuld trägt. Erinnern wir uns an die 60er Jahre: Im Verlauf der Studentenproteste wurden berechnete Demonstrationen z. B. gegen die US-Aggression in Vietnam und gegen das Schah-Regime in Iran brutal von der Polizei zusammengeschlagen, wurden Georg v. Rauch und Benno Ohnesorg ermordet, wurde ein Mordanschlag auf Rudi Dutschke verübt. Diese gewaltsamen Reaktionen der Staatsgewalt riefen bei den bis dahin friedlichen Studenten, die an die Liberalität und Reformierbarkeit des Kapitalismus glaubten, Wut und Verzweiflung hervor. Diese Wut führte bei einigen dann dazu, daß sie meinten, sie müßten sich nun an verantwortlichen Personen rächen. Dieses Vorgehen hat mit Marxismus nichts gemeinsam. Es läßt völlig außer acht, daß Personen beliebig austauschbar sind, und der Mord eines Stellvertreters des Systems nicht das System außer Kraft setzt: „Der kapitalistische Staat ist nicht auf Einzelpersonen und Einzelminister aufgebaut und kann mit ihnen nicht vernichtet werden. Die Klassen, denen er dient, werden immer wieder neue Leute anwerben; der Mechanismus bleibt intakt und funktioniert weiter.“ (Leo Trotzki) Die Terroristen aber sind unfähig, dies zu erkennen. Da sie nicht in der Lage sind, geduldig in der Arbeiterbewegung für ein sozialistisches Programm zu arbeiten, suchen sie Zuflucht in Einzelgefechten mit dem Staatsapparat, um ihre Unzufriedenheit mit dem kapitalistischen System zu beweisen. Aber dadurch wird das System natürlich nicht verändert. Dies kann nur durch bewußte Massenaktionen der Arbeiterklasse geschehen, wie die enormen sozialen Verbesserungen (z. B. 8-Std Tag) bezeugen, die durch solche Massenaktionen erkämpft wurden. Eine Bombe hat noch nie zu einer sozialen Umwälzung geführt -

immer waren es die Massenaktionen der Unterdrückten, die die Geschichte schrieben.

MASSENAKTIONEN

Auch wenn es für viele noch nicht so aussehen mag, daß in nicht allzu ferner Zukunft die Frage des Sozialismus auf der Tagesordnung der Massenorganisationen der Lohnabhängigen steht, müssen wir geduldig die Notwendigkeit des Sozialismus erklären. Die letzten Tarifkämpfe der Drucker, Metaller und Hafendarbeiter haben in der Bundesrepublik für eine neue Schärfe der Klassenauseinandersetzungen gesorgt. Aber dies war erst der Anfang, denn die Widersprüche des Kapitalismus werden sich verschärfen: selbst bürgerliche Wissenschaftler sagen für die nächsten 1 bis 2 Jahre eine noch schärfere Rezession voraus, als wir sie momentan mit über einer Million Arbeitslosen erleben. Ohne Zweifel werden sich dann die Konflikte zwischen Kapital und Arbeit weiter verschärfen. Auch international können wir - wie in Nicaragua, Iran usw. beobachten, daß die Massen für radikale Lösungen anfällig werden. Für Sozialisten gibt es also keinen Grund zum Pessimismus. Wenn die mächtige deutsche Gewerkschaftsbewegung (über acht Millionen DGB-Mitglieder) erst einmal in Bewegung kommt, kann sie keine Macht der Erde stoppen. Dann erst wird auch der verzweifelte und ungeduldige Terror einiger Kleinbürger, die keine Einsicht in die Strukturen des Kapitalismus besitzen und deshalb blindwütig losschlagen, da landen, wo er hingehört - auf dem Müllhaufen der Geschichte!

Rainer Jäger

FÜR TECHNISCHEN FORTSCHRITT OHNE SOZIALEN RÜCKSCHRITT!

Eine gefährliche Tendenz breitet sich in den DGB-Gewerkschaften aus: unter dem vordergründigen Argument der Arbeitsplatzsicherung übernehmen organisierte Betriebsräte aus der Atom-, Erdöl-, Rüstungs-, Alkohol- und Tabakindustrie sowie aus den Energieversorgungsunternehmen direkte Lobbyfunktionen für die Konzerne. Die skandalösen, von den Unternehmen bezahlten Pro-Atom-Kundgebungen sowie die Haltung der DGB-Spitze mit ihrem Übergang vom „Ja“ zum „Nein“, aber auch der Beschluß des DGB-Kongresses sind deutliche Ausdrücke dieser Entwicklung. Inzwischen ist es soweit, daß maßgebliche Vertreter dieser innergewerkschaftlichen Lobby der Konzerninteressen als Hauptreferenten auf Gewerkschaftstagungen auftreten. Der „Aktionskreis Energie“, die organisierte Antiatom-Schicht der Atomkonzerne im DGB, hat inzwischen Schule gemacht. Unter dem wohlklingenden Titel „Arbeitskreis Wehrtechnik“ tritt seit einiger Zeit eine ähnliche Lobby für mehr Rüstung und wachsende Rüstungsexporte auf. Alle diese Aktivitäten führen in ihrer Konsequenz zur Verwandlung der Gewerkschaften in berufsständische Anhängsel der Konzerne. Sie drohen die Beschleunigung der Atomproduktion, eine wachsende Hochrüstung, den reibungslosen, immer umfangreicheren Export der Toxikindustrie und politisch immer unkalkulierbarere Entwicklungen zu begünstigen.

Eine entscheidende Ursache für die Aktionsmöglichkeiten des „Atomfilz“ liegt in dem Unwillen der Gewerkschaftsführung, systematisch die Mitgliedschaft gegen die Auswirkungen der Krise, der Umweltzerstörung und der Massenarbeitslosigkeit zu mobilisieren. Auf diese Weise kann es dem Atomfilz gelingen, Verunsicherung und Angst der Belegschaften auf die Mühlen der Unternehmerinteressen zu lenken.

„AKTIONSKREIS LEBEN“

Dagegen haben sich in einer wachsenden Zahl von Städten Kollegen und Kolleginnen aus allen Gewerkschaften des DGB zu einem „Aktionskreis Leben“ zusammengeschlossen. Sie treten für ein Forderungs- und Aktionsprogramm zur Sicherung menschenwürdiger Arbeits- und Lebensbedingungen ein, unabhängig von den Interessen der Unternehmer.



Der Aktionskreis Leben setzt sich mit allen Mitteln der innergewerkschaftlichen Diskussion, Information und Aktion dafür ein, daß die reaktionären Interessen, die der Aktionskreis Energie verkörpert, in den Gewerkschaften keinen Platz finden.

Der Aktionskreis Leben fordert die Zurücknahme des DGB-Vorstandsbeschlusses zur Atomenergiefrage und eine freie und ungehinderte innergewerkschaftliche Diskussion aller damit in Zusammenhang stehenden Fragen. Der Aktionskreis Leben setzt sich langfristig für eine grundlegende Kurskorrektur des DGB in der Wahrnehmung seiner ureigensten Aufgaben der Verteidigung der Interessen der arbeitenden Menschen ein.

EIN VORAN-LESER AUS HAMBURG

NICARAGUA VOR DER REVOLUTION

Warum bekämpfen 12-jährige Kinder mit Steinen Panzer? Warum leistete das Volk Nicaraguas heldenhaften Widerstand gegen die Nationalgarde Somozas? - Zwar wurden wir durch die Presse über jede Einzelheit des Kriegsgeschehens informiert, aber über die Hintergründe las man im allgemeinen recht wenig. Deshalb wollen wir hier die Ursachen des Bürgerkriegs aufzeigen und die wahrscheinlichen Perspektiven der Entwicklung nach dem vorläufigen militärischen Sieg Somozas skizzieren.

Hintergründe

Nicaragua war 1912 bis 1925 und von 1926 bis 1933 von den USA militärisch besetzt, die 1932 Somoza Garcia als Diktator einsetzten. Nach dessen Ermordung 1956 "erbte" sein Sohn Anastasio die Macht und baute sie rücksichtslos aus. Somoza behandelte Nicaragua wie seinen Privatbesitz - und das recht erfolgreich: rund 50 % des ackerbaren Landes besitzt Somoza direkt oder indirekt (was etwa der Gesamtgröße des Nachbarstaats El Salvador entspricht); darüber hinaus gehört Somoza über 50 %



der Industrie und des Handels Nicaraguas. Der arbeitenden Bevölkerung des Landes geht es dementsprechend schlecht: Während über 85 % des bebaubaren Landes Somoza bzw. anderen Großgrundbesitzern gehört, sind knapp 6 % in 30.000 kleine Parzellen aufgeteilt, deren Ernteerzeugnisse ihre Besitzer nur notdürftig ernähren können.

Elend

Mit einem Brutto sozialprodukt von 857 US-Dollar pro Kopf der Bevölkerung liegt Nicaragua unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt von 1.066 Dollar. Die Auslandsschulden stiegen zwischen 1970 und 1976 um 454 %. Anhand

dieser Zahlen kann man sich in etwa die Not der Bevölkerung vorstellen: Massenarbeitslosigkeit, Hunger und Unterernährung (50 % aller Kinder sterben vor Erreichen des 5. Lebensjahres), medizini-



„MIT ALLEN VERFÜGBAREN MITTELEN“ befahl der Diktator von Nicaragua, Anastasio Somoza, seiner Nationalgarde, den Volksaufstand in der Provinzhauptstadt Matagalpa niederzuwerfen. Mit Hubschraubern, Panzern und Armefahrzeugen gingen die Söldner Somozas (unser Bild) vor und richteten ein Blutbad unter der unbewaffneten Bevölkerung Matagalpas an. Foto: dpa

sche Unterversorgung, Analphabetentum (65 % der Bevölkerung) usw. Diese Zustände werden militärisch aufrechterhalten durch die siebeneinhalbtausend Mann starke Nationalgarde, zu deren Ausrüstung die USA in den letzten 15 Jahren 20 Mio. Dollar ausgegeben haben. Die von US-Instrukteuren geleitete Nationalgarde versucht durch Verhaftungen, Folterungen und Morde jegliche Opposition auszuschalten.

Revolten

In den vergangenen Jahren kam es jedoch immer wieder zu kleineren lokalen Revolten, die trotz ihrer Niederschlagung den Haß der Bevölkerung auf das Regime verschärfte. Allein im ersten Halbjahr 1978 gab es mindestens 1.000 Tote. Die geglückte Freipressung politischer Häftlinge durch die Parlamentsbesetzung der Befreiungsbewegung "Sandinistas" (FSLN) im August war dann der endgültige Auslöser eines bewaffneten Volksaufstandes, an dem sich die gesamte Opposition beteiligte. Wer aber ist die Opposition?

Opposition

Man kann zunächst zwischen der Guerilla-Organisation FSLN und der bürgerlichen Opposition unter-

scheiden. Die FSLN besteht aus drei verschiedenen Fraktionen, von denen sich zwei als marxistisch bezeichnen und ihre Vorbilder in Moskau bzw. Peking sehen. Die dritte Fraktion dagegen

ist eng verbunden mit der liberalen Bourgeoisie. Das gemeinsame Programm aller drei Fraktionen sieht vor die Verstaatlichung des Industrie- und Handelsbesitzes Somozas, Landreform und Verteilung des Grundbesitzes Somozas, Auflösung der Nationalgarde, Wiederherstellung der bürgerlichen Rechte und Organisationsfreiheit für Parteien und Gewerkschaften. Die bürgerliche Opposition hat sich an die durch die Sandinistas hervorgerufene Aufstandsbewegung angehängt mit dem Ziel, Somozas Sturz zu beschleunigen. So unterstützen z. B. auch kleine Unternehmer den Generalstreik. Der Grund hierfür besteht in der Tatsache, daß das kleine Kapital durch die Übermacht des Wirtschaftsimperiums Somozas nicht mehr konkurrenzfähig ist und zunehmend aufgesogen wird. Außerdem verhindert die politische Diktatur Somozas die Einflußnahme des Bürgertums auf die politische, wirtschaftliche und soziale Gesetzgebung und behindert das Bürgertum somit in seiner Entwicklung. Ziel der bürgerlichen Opposition ist daher ein funktionsfähiger Kapitalismus, wozu der Sturz Somozas notwendig ist.

Nachbarstaaten

Warum aber unterstützen andere mittelamerikanische Staaten wie

Guatemala, Honduras, El Salvador, Costa Rica und Panama den Aufstandsversuch? Sie gehen davon aus, daß Somozas Sturz nur eine Frage der Zeit ist. Nur hat derjenige, der Somoza davonjagt, dann auch die Macht in Nicaragua. Sollten dies die Sandinistas sein und sollten innerhalb der FSLN die linken Fraktionen die Oberhand gewinnen, bestünde die "Gefahr" einer wie auch immer gearteten sozialistischen Regierung. Das aber könnte für die Arbeiter und Bauern Mittelamerikas wie ein Signal wirken, nun auch in den anderen Ländern Mittelamerikas auf sozialistische Regierungen hinzuwirken. Dieser Möglichkeit glauben die Regierungen der genannten Staaten dadurch vorbeugen zu können, daß sie jetzt die liberal bis konservativ eingestellten Strömungen der Opposition unterstützen und dadurch das Überleben des Kapitalismus sichern.

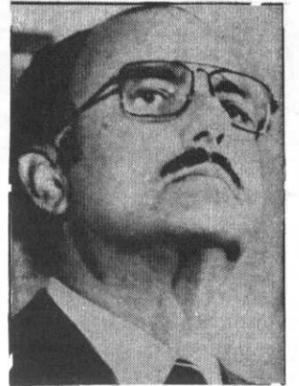
Letzte Stütze

Dieses Ziel haben natürlich auch die USA, die aber eine andere Strategie verfolgen. Während Carter in Camp David um den Friedensnobelpreis verhandelt, tobt der Bürgerkrieg in Nicaragua, ohne daß die USA zu Gunsten der Opposition eingreifen, sondern im Gegenteil Somoza weiterhin unterstützen. Die USA befürchten zu Recht, daß Somoza die letzte Stütze des Kapitalismus in Nicaragua ist, und daß die bürgerliche Opposition nach dem Sturz Somozas nicht in der Lage sei, eine kapitalistische Kontinuität zu sichern.

Eigendynamik

Diese Befürchtung ist allerdings berechtigt - nur zu leicht könnte eine nachrevolutionäre Regierung unter dem Druck einer wirtschaftlichen Katastrophe gezwungen sein, nach der Enteignung des Somoza-besitzes weitere Verstaatlichungen durchzuführen und den Weg bis zu Ende zu gehen. Die Ereignisse in Ländern wie Kuba, Äthiopien usw. zeigen uns, daß der Widerstand der Kapitalisten und der Großgrundbesitzer in unterentwickelten Ländern der III. Welt gegen begrenzte Reformen - wie z. B. Bodenreform - zu einer vollständigen gesellschaftlichen Umwäl-

zung führen können. Jedoch würde in Nicaragua eine solche Entwicklung nicht zu einem wirklich sozialistischen Staat führen, denn angesichts der Tatsache, daß es keinen echten Arbeiterstaat auf der Erde gibt, wäre eine linke Regierung gezwungen, sich an die stalinistischen Staaten anzulehnen, da man den Sozialismus nicht in einem Land - und dazu noch in einem rückständigem - aufbauen kann. Trotzdem wäre ein Sturz des Kapitalismus und Großgrundbesitzertums in Nicaragua im Gefolge des Sturzes Somozas ein rie-



Anastasio SOMOZA

siger Fortschritt für das Volk Nicaraguas, der wie in Kuba raschen sozialen Verbesserungen für die große Masse den Weg bahnen könnte.

Sturz

Wie aber sieht angesichts der militärischen Niederlage des Volks die unmittelbare Zukunft Nicaraguas aus? Man kann sagen, daß die Diktatorenfamilie absolut keine soziale Basis mehr hat. Durch das Bombardement der Städte, die Massenerschießungen besonders Jugendlicher usw. dürfte der Haß der Bevölkerung nur noch gewachsen sein. Nachdem der zu mindestens 80 % befolgte Generalstreik die Wirtschaft lahmgelegt, steht nun angesichts der Kriegszerstörungen eine absolute wirtschaftliche Katastrophe bevor. Der Sieg Somozas gewährt ihm nur eine Galgenfrist. Neue Kämpfe werden nach einer Atempause wieder aufflammen, die seinen Sturz unausweichlich machen werden!

Rolf Jakubeit

Krise führt zu Defiziten, Defizite verhindern Reformen

Deshalb: Reformen nur durch Bruch mit dem Wirtschaftssystem möglich!

Wie Seifenblasen sind die Reformillusionen Hunderttausender von SPD-Mitgliedern und von Millionen von Wählern unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise zerplatzt. Alle Reformpläne der SPD/FDP-Regierung gingen seit der Kanzlerschaft Willi Brandts von der Voraussetzung einer permanenten Blüte der kapitalistischen Wirtschaft aus. Seit der Krise 1974 sind die Staatsfinanzen jedoch erheblich verdorrt:

- * Eine Million Arbeitslose kosten die Gesellschaft jährlich;
- * Mindestens 10 Mrd. DM an Steuerertragsausfall
- * Mindestens 20 Mrd. DM an Produktionsausfall
- * Mindestens 10 Mrd. DM an Arbeitslosengeldern.

Kein Wunder, daß plötzlich in allen Bereichen die Haushaltsdefizite emporschnellen. Allein 1978 stieg das Defizit des Bundeshaushaltes so stark an, daß die Neuverschuldung die schwindelerregende Höhe von 30 Mrd. DM erreicht hat. Die Bundesanstalt für Arbeit rechnet bis 1982 mit einem Defizit von 13 Mrd. DM.

Zwei Wege

Eine Regierung hat in einer solchen Lage zwei Möglichkeiten: Entweder

die Defizite auf die Schultern der Arbeiter und Angestellten abzuwälzen, oder die Defizite von vorneherein zu vermeiden, indem sie mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem bricht, welches wegen seiner chaotischen Produktionsweise immer wieder Krisen - und dadurch Staatsdefizite - hervorbringt.

Die Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt hat ganz offensichtlich den ersten Weg eingeschlagen. Sie hat in allen Bereichen der Sozialhaushalte angefangen zu sparen und zu kürzen: Studenten erhalten weniger Ausbildungsförderung, Die Rentenfinanzen wurden auf Kosten der Rentner "saniert", am 1. Januar wurde die Mehrwertsteuer um 1 % auf 12 % erhöht.

Zum Zeitpunkt der Rentensanierung noch lebten die "Experten" in Bonn im Wolkenkuckucksheim. Ihr Plan zur Sanierung der Renten wurde auf folgender Grundlage errechnet: Die Arbeitslosenzahlen sinken - 1978 auf durchschnittlich 775.000 - 1979 auf durchschnittlich 700.000 - 1980 auf durchschnittlich 630.000. Inzwischen wurden die Ministerialbeamten wieder auf den harten Boden der Realität zurückgeholt: Sie rechnen bis 1982 mit einer durch-

schnittlichen Arbeitslosigkeit von mehr als 1 Million! Auf dem eingeschlagenen Weg werden uns also in Zukunft nur noch mehr Griffe in unseren Geldbeutel ins Haus stehen: durch die Defizite verursachter Neuanstieg der Inflation; Versuche, uns die Defizite durch Steuererhöhungen und Erhöhungen der Sozialabgaben (wie Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge) bezahlen zu lassen.

Umverteilung

Andererseits werden den Unternehmern die Tausend-Mark-Scheine tonnenweise in den Rachen geschauelt: Dem Multimilliardär Flick wurde 1976 eine Steuerschuld von 1,2 Mrd. DM erlassen, genug, um einer Million Rentner ein Jahr lang die monatliche Rente um 100 DM zu erhöhen!

Vor kurzer Zeit wurde die Vermögenssteuer gesenkt. Jetzt liegen schon wieder neue Steuerpläne zugunsten der Reichen auf dem Tisch. Diese stellen insgesamt eine gigantische Umverteilung in Höhe von 30 Mrd. DM zu Lasten der Millionen Arbeitnehmer und zu Gunsten einiger Unternehmer dar. Die Regierung

will eine Steuer, die die Unternehmer bisher bezahlen mußten, ganz wegfällen lassen: die Lohnsummensteuer. Zusätzlich soll die Gewerbeertragssteuer gesenkt werden. Doch das Kapital ist unersättlich: sein direkte Vertreterin im Parlament, die CDU/CSU fordert noch zusätzlich die Streichung der Gewerbesteuer. Das wäre bereits die 9. Gewerbesteuererhöhung innerhalb von 4 Jahren!

Die neuen Steuerpläne sehen vor, die Einnahmeausfälle wenigstens teilweise wieder durch die Erhöhung der MWSt. auf 13 % reinzuholen. Wer erhält also die Steuernachlässe? Die Unternehmer! Und wer bezahlt die Rechnung? Die Millionen Arbeitnehmer!

Reformen statt Konterreformen!

Wo sind nur all die großartigen Reformversprechungen der letzten Jahre geblieben? Sie sind einem realen Abbau von sozialen Errungenschaften gewichen. Wie lange sollen wir diese Politik der Konterreformen noch hinnehmen? Spätestens,

wenn noch mehr Wähler und langjährige SPD-Mitglieder in Scharen davongelaufen sind, muß die SPD-Führung zur Besinnung kommen. Es wird endlich Zeit, den Erpressungsversuchen des Kapitals Widerstand zu leisten.

Gegen die Steuerpläne der Regierung hat sich an der SPD-Basis bereits der erste Widerstand formiert. Alle "Steuerrebell" in der Bundestagsfraktion müssen rückhaltlos unterstützt werden. Es wäre ein erster Schritt, das Ruder in der Partei herumzureisen.

Daß im Kapitalismus in der Krise keine Reformen mehr möglich sind, haben die SPD-Minister inzwischen stillschweigend anerkannt. Jeder kann es an ihrer praktischen Politik sehen.

Wir stehen nach wie vor zu den Reformzielen unserer Partei. Doch ohne einen grundlegenden Bruch mit dem kapitalistischen System werden sie sich nie verwirklichen lassen!

Ursula Beck
Stuttgart

IG-Metall vor der neuen Tarifrunde : TARIFPOLITIK AM ENDE ?

Die Tarifaueinandersetzungen sind in den letzten Jahren eindeutig härter geworden. Nach langen Jahrzehnten, in denen es sich das Kapital noch leisten konnte, unserem Druck nachzugeben und uns einen steigenden Lebensstandard und mehr Sozialreformen zugestehen, setzen nun die Arbeitgeber wieder alles daran, diese Errungenschaften abzubauen. Dies wirft unmittelbar eine zentrale Frage auf: Ist unsere Gewerkschaft auf diese veränderten Bedingungen eingestellt und für stärkere Kämpfe gerüstet?

Enttäuschung

In der IG Metall waren schon in der letzten Tarifrunde viele aktive Kollegen von der Führung enttäuscht worden. Eine starke Minderheit der organisierten Metaller in Nordrhein-Westfalen gab es unter den aktiven Kollegen viel böses Blut. Sie hatten zwar in einer Urabstimmung ihre Streikbereitschaft zum Ausdruck gebracht, aber danach gab es weder einen offiziellen Streik, noch wurden die Mitglieder befragt, ob sie mit dem Ergebnis einverstanden seien.

Protest

Viele Kollegen, Vertrauenskörper und Betriebsräte hatten damals den Vorstand in Protesttelegrammen und -briefen wissen lassen, daß sie diese Ausschaltung der Basis mißbilligen. Mancher mag im Stillen gehofft haben, daß unsere Gewerkschaftsführung daraus die Konsequenzen zieht und diesmal die Mitgliedschaft voll für einen harten Winter mobilisiert. Aber offensichtlich haben die Spitzenfunktionäre bereits die Marschroute abgesteckt, und es ist so zu befürchten, daß die Mitglieder wieder einmal vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Klausur

In einem Gespräch mit dem Handelsblatt (25-9-78) hat das für die Lohnpolitik verantwortliche Vorstandsmitglied der IG Metall Hans Janßen von einer Klausurtagung des Gesamtvorstandes berichtet, auf der "die Richtlinien der Lohnpolitik 1979 für die metallverarbeitende Industrie festgelegt" wurden. Kollege Jansen umriß dabei als einen Schwerpunkt für die Metallverarbeitung die Forderung nach Urlaubsverlängerung, "nämlich 6 Wochen Urlaub für alle".

Jeder aktive Gewerkschafter wird es begrüßen, daß jetzt 6 Wochen Urlaub für alle tariflich abgesichert werden sollen. Dem aber wäre hinzuzufügen: 6 Wochen Mindesturlaub für alle; die Urlaubslänge darf nicht einseitig von Alter abhängen; Schicht- und auch Schwerstarbeiter sollen noch zusätzliche Urlaubstage bekommen.

Durch die Einführung von 6 Wochen Urlaub für alle wäre ein Schritt in Richtung Arbeitszeitverkürzung vollzogen. Es darf aber nicht angehen, daß wir dafür in Form von erhöhter Leistungshetze und Lohnverzicht bezahlen sollen. Doch genau darauf scheint der Kollege Janßen abzuzielen, wenn er sagt: "Natürlich wird über Lohnforderungen und Urlaubsverlängerung mit den Arbeitgebern in einem Paket verhandelt werden müssen, das ist nicht anders denkbar. Die Kostenbelastung eines zusätzlichen Urlaubstages hat die IG Metall errechnet mit 0,42 %... Durch die Verkürzung der Arbeitszeit kommt es ganz sicher zu einer Leistungsverdichtung, und die kompensiert die Hälfte der Kosten der Arbeitszeitverkürzung... Die IG Metall ist klug genug, um zu erkennen, Urlaubsverlängerung und Lohnforderung in einem kompensatorischen Verhältnis stehen, daß man also nur einmal fordern kann. Wir wissen also, daß Urlaub und Geld etwas anderes ist

als Geld ohne Urlaub. Und das wird man auch an unseren Forderungen merken."

Kuhhandel

Wer diese Aussage des Kollegen Janßen aufmerksam durchgelesen hat, der wird sich jetzt fragen: Seit wann ist es denn die Aufgabe der IG Metall, sich den Kopf des Kapitals zu zerbrechen? Wieso ist der Vorstand doch tatsächlich bereit, auch nur einen Millimeter nachzugeben und den Arbeitgebern zugestehen, sich die Zugeständnisse durch höhere Arbeitshetze auf unseren Rücken wieder reinzuholen? Soll jetzt ein billiger Kuhhandel getrieben werden, etwa unter dem Leitspruch: Gibst Du mir einen Urlaubstag, dann schenke ich Dir ein halbes Prozent Lohnerhöhung?

Als die kapitalistische Marktwirtschaft noch blühte, da war es für die Gewerkschaften noch viel leichter ohne große Anstrengungen sich für die Kollegen ein paar Krümel vom Tisch der Unternehmer zu holen. Aber heute sind die Gewerkschaftsführer offensichtlich bereit, den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Kapitals nachzugeben. Als ob die Arbeiter auch nur für fünf Pfennig Mitschuld an der Krise des Kapitals tragen würden. Es war und ist die Aufgabe der Gewerkschaften, den materiellen Lebensstandard und die allgemeine Lebensqualität ihrer Mitglieder ständig zu verbessern. Deshalb dürfen soziale Verbesserungen wie Urlaubsverlängerung keinesfalls von der notwendigen Lohnerhöhung abgezogen werden.

Neue Marschroute

Ähnlich enttäuschende Töne wie aus dem Munde des Kollegen Janßen konnte man auch aus der Sitzung der großen Tarifkommission der IG Metall Nordrhein-Westfalen am 27-9-78 in Mülheim/Ruhr vernahmen.

Es ist ja schon zur Gewohnheit geworden, daß die Lohnforderun-



gen der einzelnen betrieblichen Vertrauenskörper wesentlich über der offiziellen gewerkschaftlichen Forderung liegen, und davon schließlich noch maximal zwei Drittel der tatsächlichen Lohnerhöhung übrig bleiben.

Doch dieses Mal wird gleich von vornherein die Erwartung der Mitgliedschaft gedämpft. Mehr als 5 Prozent, so konnte man aus Mülheim erfahren, seien nicht drin. Diese 5 Prozent seien aber die Gesamtforderung - abzüglich der Urlaubsverlängerung könne man deshalb von 3 Prozent Lohnerhöhung ausgehen.

Um auch die neue Tarifrunde schon vorab festzulegen, wird vom IG Metall Bundesvorstand ein Koordinierungsausschuss Tarifpolitik installiert, mit der Maßgabe, die tarifpolitischen Forderungen zu erfassen, koordinieren und aufeinander abzustimmen. Dies heißt, daß die örtlichen Arbeitskreise für Tarifpolitik bedeutungslos geworden sind. Die demokratischen Rechte der Basis, von unten nach oben zu bestimmen sind somit außer Kraft gesetzt. Und die Marschroute liegt ohnehin fest, bevor überhaupt die Mitgliedschaft gesprochen hat.

Neues 'Konzert'

Der Geist der Konzertierte Aktion lebt weiter, die magische Lohnleitlinie von 5 Prozent macht die Runde. Wollen unsere Gewerkschaftsführer sich freiwillig einem Lohndiktat unterordnen? Sollen wir hier Verhältnisse wie in England bekommen, wo die Gewerkschaftsführer eben dies eine Zeitlang mitgespielt haben und als Ergebnis der Lebensstandard der Arbeiter drastisch gesunken ist? Warum kapituliert der Vorstand gleich vorneweg vor dem Druck des Kapitals, ohne auch nur die Mitgliedschaft für die Durch-

setzung berechtigter Forderungen zu mobilisieren?

Es ging bei dieser Sitzung in Mülheim aber nicht nur um Lohnerhöhungen. In Nordrhein-Westfalen sind zum Winterhalbjahr insgesamt 12 verschiedene Tarifverträge kündbar. Viele dieser Tarifverträge sind ihrem Inhalt nach längst überholt, und es wäre an der Zeit, hier konkrete Verbesserungen auszuarbeiten.

Lohnrahmen

Das Lohnrahmenabkommen beispielsweise hat sich insgesamt als völlig unzulänglich erwiesen, die Abgrenzung zwischen den einzelnen Lohngruppen als zu schwammig. Das Ergebnis: Die Unternehmer erhalten so eine günstige Gelegenheit zur Lohnrückerei und tun dies jetzt auch verstärkt.

Nun will die Gewerkschaft zwei wesentliche Punkte ändern:
*Die (Billig-) Lohngruppe 2 soll wegfallen. Diese Lohngruppe 2 betrifft bisher beispielsweise 100.000 Frauen im Ruhrgebiet.
*Der Lohngruppenschlüssel soll fortfallen, um somit den Weg für lineare Lohnerhöhungen frei zu machen. Das heißt: Statt prozentualer Lohnerhöhung einen Sockelbetrag in gleicher Höhe für alle.

Dies ist von vielen aktiven Kollegen und Ortsverwaltungen schon seit einiger Zeit gefordert worden, und ist auch auf jeden Fall zu begrüßen.

Festgeld

Denn durch eine angemessene Lohnerhöhung um einen festen Betrag für alle könnte die Kaufkraft der niedrigen Löhne erhöht und die der höheren Einkommen zumindest erhalten werden und somit die Schere zwischen den hohen und niedrigen Einkommen wieder allmählich geschlossen werden.

Was aber nützt ein fortschrittlicher Rahmen, wenn keine offensive Tarifpolitik dahinter steht? Ebensoviele wie ein Rahmen ohne Inhalt! Es liegt an jedem einzelnen Kollegen, mit dafür zu sorgen, daß unsere Gewerkschaftsführer deutlich zu spüren bekommen, daß sie die Rechnung nicht ohne den Wirt machen können.

Von einem Betriebsratsvorsitzenden aus Remscheid, Mitglied der IGM

Gleicher Lohn für Frauen !

Hiermit berichten wir über die Delmenhorster Bäckereigehilfin Irene Einemann und ihre Klage beim Arbeitsgericht Oldenburg um den Grundsatz "gleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit".

Die vierzig Jahre alte Arbeiterin ist in einer Delmenhorster Brotfabrik zusammen mit männlichen Kollegen am Brotfen beschäftigt. Frau Einemann, die auch aktive Betriebsrätin in ihrer Firma ist, erhält 6,86 DM je Stunde sowie eine monatliche Zulage von 100,- DM, ihre männlichen Kollegen erhalten 8,24 DM sowie eine außerordentliche Zulage von 70 Pfennig pro Stunde; sie verdient somit als Frau im Monat etwa 200,- DM weniger als die Männer bei gleicher Arbeit.

Frau Einemann war die Unterstützung für ihren Kampf um gleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit von Annemarie Renger, dem DGB und SPD-Geschäftsführer Egon Bahr zugesichert worden.

Das Urteil des Arbeitsgerichts fiel am 22. Juni. Frau Einemann einigte sich in einem Gütertermin mit der Firma auf 8,24 DM Stundenlohn und eine monatliche außerordentliche Zulage von 100,- DM. Damit ist die Kollegin den Männern gleichgestellt und erhält außerdem noch eine Nachzahlung von Bezügen für die Zeit ab 1. Januar 1976.

Der geschilderte Sachverhalt trifft bestimmt auf die Mehrzahl der Frauen zu, die einen gleichen Arbeitsplatz haben wie ihre männlichen Kollegen. Desto mehr sollte sie dieses Urteil des Arbeitsge-

richts Oldenburg ermutigen, ihr Recht auf gleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit geltend zu machen.



Denn immer noch sind es die Frauen, bei denen die Ausbeutung am Arbeitsplatz an größten ist und denen oftmals noch nicht einmal tariflich abgesicherte Rechte zugestanden werden. Dies äußert sich am schlimmsten in strukturschwachen Gebieten. So wurde ein Fall bekannt, in dem eine Näherin in Bayern einen Akkordlohn von 1,36 DM je Stunde erhielt, obwohl ihr 5,86 DM tariflich zugestanden hätten!!! Aus diesem und ähnlichem Sachverhalt heraus müssen wir jede aktive Kollegin auffordern, für ihre Rechte zu kämpfen und sich gegen diese extremen Formen der Ausbeutung zur Wehr zu setzen. Die männlichen Kollegen fordern wir zur Solidarität mit den Frauen auf, die ihr Recht auf gleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit verwirklichen wollen.

Detlef Tausch, Juso-Vorstand
UB Waldeck - Frankenberg

Was verdient Dein Gewerkschafts-Vorsitzender ?

Wenn am Ende einer Tarifrunde sich viele Kollegen wieder einmal das Ergebnis betrachten, so kommt mancher um die Feststellung nicht herum, daß die eigene Führung wieder allzusehr vor dem Kapital nachgegeben hat. Und viele Kollegen weisen dabei zurecht darauf hin, daß diejenigen, die mit den Arbeitgebervertretern

Lohnprozente aushandeln, aus eigener Erfahrung gar nicht mehr wissen, wieviel für den Lebensstandard einer Arbeiterfamilie auf dem Spiel steht. Wenn sich einmal ein einfaches Gewerkschaftsmitglied nach dem Einkommen seiner Führer erkundigt, wird es meistens keine konkrete Antwort bekommen, höch-

stens das Argument "Wir müssen unseren Spitzenkräften ein angemessenes Einkommen sichern, damit sie nicht in die freie Wirtschaft abwandern. Und schließlich leisten die ja auch schwierigere Arbeit und mehr Überstunden als Du!"

- In der folgenden Tabelle sind die Jahresbezüge der Gewerkschaftsführer dargestellt.

Kluncker	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr	107.497,- DM
Loderer	IG Metall	104.000,- DM
Hauenschill	IG Chemie, Papier, Keramik	102.000,- DM
Vetter	DGB-Vorsitzender	99.450,- DM
Breit	Deutsche Postgewerkschaft	98.800,- DM
Speiner	IG Bau, Steine, Erden	96.000,- DM
Stadelmaier	Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten	93.000,- DM
Schmidt	IG Bergbau und Energie	92.000,- DM
Seibert	Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands	91.000,- DM
Viethoe	Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen	84.500,- DM
Mahlein	IG Druck und Papier	82.000,- DM
v. Haaren	Gewerkschaft Leder	75.000,- DM
Buschmann	Gewerkschaft Textil, Bekleidung	74.945,- DM
Frister	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	70.000,- DM
Georgi	Gewerkschaft Holz und Kunststoff	62.500,- DM
Lojewski	Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	61.100,- DM

Dies sind die Vergütungen für die Tätigkeit als hauptamtlicher Gewerkschaftsvorsitzender. Sonstige Einkünfte - wie z. B. Aufsichtsratsgelder usw. - bleiben hier unberücksichtigt. (Quelle: Wirtschaftswoche 21/78)

Wir meinen: Eine Gewerkschaft wird erst dann nach innen wie nach außen hin glaubwürdig, wenn ihre Führer einzig und allein die Interessen der Mitglieder vertreten und diese auch aus erster Hand kennen. Das Grundgehalt eines hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionärs darf ein durchschnittliches Arbeitnehmereinkommen nicht übersteigen.

Überstunden und angemessene Spesen sind natürlich auszugleichen. Alle Nebeneinkünfte (z. B. Aufsichtsratsentlohnungen und Abgeordnetentätigkeiten) sind voll an die Gewerkschaftskasse abzuführen. Es gehört zu einer demokratischen und schlagkräftigen Gewerkschaft, daß die Einkommensverhältnisse der Spitzenfunktionäre (einschließlich ihrer

Einkommensverbesserungen der letzten Jahre) offengelegt werden. Karrieristen, die nur wegen hoher Gehälter an ihren Posten kleben und sonst in die freie Wirtschaft abwandern würden, haben in der Arbeiterbewegung ohnehin nichts zu suchen!

Redaktion VORAN

VORAN

Betriebsratswahlen bei Daimler: DENKZETTEL FÜR DIE IG METALL

Eine schwere Schlappe mußte die IG-Metall bei der Wiederholung der Betriebsratswahlen im Werk Untertürkheim der Daimler-Benz AG hinnehmen. Die Erstaufgabe dieser Wahl im April dieses Jahres war annulliert worden, weil neben anderen Unregelmäßigkeiten in den Wahlurnen 1 300 zugunsten der IG-Metall gefälschte Stimmzettel gefunden worden waren.

Opposition...

Eindeutiger Wahlgewinner war eine linke Liste oppositioneller Gewerkschafter, die von den Kollegen Willi Hoss und Hermann Mühlaisen angeführt wurde. Sie erreichte einen Stimmenanteil von fast 40% unter den Arbeitern und steigerte ihre Betriebsratssitze von 8 auf 12 gegenüber den April-Ergebnissen, während die IG-Metall nur noch 52% erlangte und von ihren im April erhaltenen 19 Sitzen auf 15 zurückging.

Die Gruppe Hoss/Mühlaisen hatte zum ersten Mal 1972 bei Betriebsratswahlen kandidiert. Damals waren sie als aktive und loyale Gewerkschafter gezwungen gewesen, eine eigene Liste oppositioneller IG-Metaller ins Leben zu rufen, weil ihnen auf der offiziellen IG-Metall-Liste Plätze mit Wahlchancen verweigert worden waren. Denn die alteingesessenen "Berufsbetriebsräte" klebten starr an ihren Sesseln und führten eine Politik durch, die ganz offensichtlich auf eine wachsende Unzufriedenheit in der Belegschaft und bei vielen aktiven Vertrauensleuten stieß.

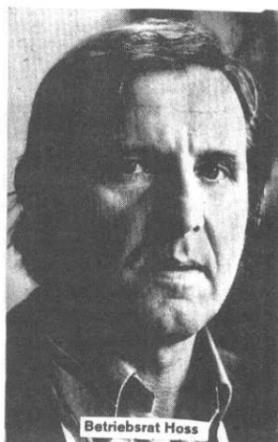
1972 errangen die Oppositionellen auf Anhieb 3.000 Stimmen, so groß war inzwischen die Kritik an den alten Betriebsräten geworden.

den hatte, ist es nicht verwunderlich, daß sich dieses Jahr viele weitere Kollegen der Opposition zuwandten. Diese hat sich in den vergangenen Jahren durch eine lückenlose Informationspolitik über ihre Betriebsratsarbeit ausgezeichnet, durch welche sie viele fragwürdige Machenschaften und Kungeleien von langjährigen IGM-Betriebsratsmitgliedern mit der Geschäftsleitung ans Licht brachte.

...und neue Ausschlüsse!

Doch ganz offensichtlich hat die IG Metall noch nicht bemerkt, daß sie dabei ist, den Kredit vollends zu verspielen, den sie bei vielen Gewerkschaftern immer noch besitzt. Auf die neuen Erfolge der Opposition hat sie nämlich mit neuen Ausschlussverfahren reagiert! Sie sind gegen die neu zu der Oppositionsliste hinzugestoßenen Kandidaten eingeleitet worden, die bisher noch IG Metall-Mitglieder waren und die es auch weiterhin bleiben wollen.

Nur äußerlich hat die IG Metall seit den April-Wahlen (die damals schon einen Anstieg der Opposition von 5 auf 9 Sitze brachte - trotz erwiesener Wahlfälschung) einen Kurswechsel vollzogen: Sie war in ihrem aufwendig geführten Wahlkampf radikaler aufgetreten, hatte sich viele Forderungen der Opposition zu eigen gemacht und "Fehler in der Vergangenheit" zugegeben. Überdies waren einige der langjährigsten und am weitesten rechts stehenden Betriebsratsmitglieder nicht mehr aufgestellt worden, und der frühere Betriebsratsvorsitzende Karl Aspacher hatte nur noch als einfaches Mitglied



...Ausschlüsse...

Trotz zahlreicher Proteste von der Basis wurden Hoss und Mühlaisen damals sofort aus der IG-Metall ausgeschlossen - wegen "gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" (so die Begründung). Anstatt nach der Wahlschlappe die eigene Betriebsratspolitik selbstkritisch zu überprüfen, suchte die IG-Metall-Verwaltungsstelle Stuttgart sofort nach einem Prügelknaben - nach dem selbstherrlichen Motto: "Unsere eigene Politik war vollständig in Ordnung - nur demagogische Spalter haben uns Stimmen entzogen!". Anstatt offene und ehrliche Konsequenzen zu ziehen und neueren, jüngeren und kämpferischen Kräften den Platz einzuräumen, den diese aufgrund ihres Wahlerfolges beanspruchen konnten, versuchte die IGM-Führung auf bürokratische Weise ihre Kritiker mit dem Ausschluss-Prügel niederzuknüppeln.

...wachsende Opposition...

Die Quittung für diese Unterdrückungspolitik innerhalb der Gewerkschaften ließ natürlich nicht auf sich warten: Während sich an der Politik der offiziellen IG Metall-Betriebsräte nichts grundlegendes änderte, brachten die "Neuen" frischen Wind in die verschlafenen Betriebsratsbüros und vervielfachten so das ursprünglich in sie gesetzte Vertrauen der Belegschaft. Nachdem die IG Metall-Führung das Wahlergebnis 1972 nicht als Warnschuß vor ihren Bug verstan-

kandidieren dürfen, um der Kritik wegen "Verkrustungserscheinungen und mangelnder Basennähe des Betriebsrats" den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Doch die Wendung war ein bißchen zu rasch gekommen, um das lange gewachsene Mißtrauen vieler Daimler-Kollegen schwinden zu lassen. Die neue Marschroute war für viele Kollegen unglaubwürdig, zumal die Opposition im Wahlkampf weiterhin als "Spalter", "Sektierer" und "ferngesteuerte kommunistische Unterwanderer" verunglimpft wurde.

Solidarität notwendig

Mit ihrer gegenwärtigen Politik wird die IG Metall-Führung kein verlorenes Vertrauen zurückgewinnen können. Sie sollte die Wahlschlappe als eine ernste Warnung betrachten und einmal überlegen, warum sie so viele Stimmen verloren hat.

Die ausgeschlossenen Kollegen haben immer wieder ihren Wunsch betont, wieder in die Gewerkschaft aufgenommen zu werden. Der bloße Wunsch der Ausschlussopfer wird jedoch nicht ausreichen, diese Absicht zu verwirklichen. Es ist notwendig, daß eine breite Solidarität zustande kommt. Protestbriefe einzelner Gewerkschaftsmitglieder und von Gliederungen aller Gewerkschaften aus den Städten der ganzen BRD verabschiedete Protestresolutionen könnten die Stuttgarter IGM-Verwaltungsstelle unter den nötigen Druck setzen.

KEIN ZURÜCK ZUR KONZERTIERTEN AKTION!

NGG-KONGRESS

Der Kongreß der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) fand wegen vorangegangener Tarifverträge zur Arbeitszeitverkürzung für ältere Arbeitnehmer im Bereich Zigaretten- und Brauindustrie dieses Mal ein starkes Interesse unter vielen Kollegen aus anderen DGB-Gewerkschaften. Die NGG hatte damit Neuland betreten. Doch die Hoffnung, daß der Kongreß deshalb insgesamt richtungsweisend für die gesamte Gewerkschaftsbewegung sein könnte, wurde bei weitem nicht erfüllt. Der neugewählte Vorsitzende Günter Döding kündigte eine "innere Reform" der Gewerkschaft an. Er verwies dabei auf eine Untersuchung, deren Ergebnis sich kurz zusammenfassen läßt: unzureichende Bindung der Mitglieder an die Organisation. Ein Problem, das sich wohl durchweg in allen Gewerkschaften feststellen läßt. Auch bei diesem Kongreß trieb der Geist der Konzertierten Aktion sein Unwesen. Ein Antrag, von der Konzertierten Aktion endgültig Abschied zu nehmen, wurde als "erledigt" vom Tisch gefegt. Stattdessen enthielt ein anderer Beschluß nur eine Abgabe an die "gegenwärtige Form" dieser sozialpartnerschaftlichen Treffen. In einem anderen Bereich machte der Koll. Döding den Unternehmern ein Zugeständnis. Er unterbreitete das Angebot, daß die Gewerkschaft für einen Beitrag zur Humani-

sierung der Arbeitswelt mit 0,85 bis 1% "Lohnerhöhung weniger" zufrieden wäre! Durch solchen Kuhhandel werden Gesundheit und Wohl der Arbeitnehmer gegen Lohnprozente aufgewogen, wo doch wohl der Anspruch auf beides mehr als begründet ist! Der Streik der Arbeiterinnen der Schokoladenfabrik Stehlin in Allensbach, der zur gleichen Zeit wie der NGG-Kongreß begann, hat gezeigt, wie "kooperationsbereit" die Herren Genußmittelunternehmer sein können. Süßwarenfabrikant Ernst Stehlin hatte die Frauen jahrelang 45 Std. wöchentlich ohne Überstundenzuschlag für Hungerlöhne zwischen 4,50 und 6,- DM am Fließband arbeiten lassen, obwohl der Tariflohn ohne Zuschläge bei 7,30 DM liegt. Die Kolleginnen mußten in jeder Hinsicht mittelalterliche Bedingungen ertragen, gesetzlich verankerte Rechte galten im Betrieb nichts. Als schließlich im Sommer 1978 einige Kolleginnen in die Gewerkschaft eintraten und einen Betriebsrat gründen wollten, stellte sich der Fabrikant total quer. Für die Kolleginnen war das Maß voll. Fast alle traten der Gewerkschaft NGG bei, und in einer Urabstimmung sprachen sich über 95% für Streik aus. Am 26. September begann der Streik, für alle Kolleginnen der erste in ihrem Leben. Ihr Kampf zeigt, daß auch in bisher unorganisierten Betrieben die Arbeitnehmer immer weniger bereit sind, sich ihre Rechte vorenthalten zu lassen.

GTB-Gewerkschaftstag

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) vertritt die Arbeitnehmer in einem Bereich, in dem sich in den letzten 4 Jahren ein ganz erheblicher Rückgang der Beschäftigtenzahlen feststellen ließ. Insgesamt wurden nämlich in den beiden Bereichen mehr als 180.000 Arbeitsplätze abgebaut! Trotz dieses verheerenden Einbruchs ist die Mitgliederzahl der Gewerkschaft im gleichen Zeitraum nur unerheblich zurückgegangen:

1.1.74: 295.565 - 1.1.78: 286.971

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist somit beträchtlich angestiegen:

1.1.74: 37,1% - 1.1.78: 42,7%

Diese Entwicklung zeigt auch, daß gerade in einem Bereich, wo die Unternehmer ganz offensichtlich und rücksichtslos Arbeitsplätze vernichtet haben, die Bereitschaft zur Gegenwehr gewachsen ist.

Die 2.500 Pleiten und Konkurse der letzten vier Jahre zwingen zu neuen Wegen und Maßnahmen. Ein erster Schritt dazu ist eben der Beitritt zur Gewerkschaft. Die GTB kann heute einen Organisationsgrad über dem DGB-Durchschnitt vorweisen. Aber gerade angesichts der deutlichen Erfahrung mit der Arbeitsplatzvernichtung ist es verwunderlich, daß auf dem GTB-Kongreß so offen sozialpartnerschaftliche Töne angeschlagen wurden.

Im Entwurf zum Grundsatzprogramm wurde ausgesagt:

"Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung stellt sich dem Dialog mit allen Gruppen, die in Staat und Wirtschaft Verantwortung tragen und ist bereit, an der Entwicklung von Orientierungsdaten mitzuwirken".



Was wird hier wohl unter "Orientierungsdaten" verstanden? Fromme utopische Hoffnungen auf einen neuen grundlegenden Aufschwung?

Ein Sofortprogramm zur Senkung der Arbeitslosigkeit auf Null? Oder gar Lohnleitlinien für die kommende Tarifrunde?

Der scheidende Vorsitzende Karl Buschmann regte eine neue ständige Gesprächsrunde zwischen den Verbänden, Gewerkschaften und dem Staat an. Also ein Wiederaufleben der Konzertierten Aktion im neuen Kleide? Hauptzweck einer solchen Runde, so Buschmann, wäre es, sich mit Problemen der Vollbeschäftigung zu befassen. Als ob eine lockere Gesprächsrunde aus Gewerkschaftsführern, Regierung und Unternehmern schon jemals wirklich sichere Arbeitsplätze geschaffen hätte!

Die Konzertierte Aktion hat weder den rigorosen Arbeitsplatzabbau im Textil- und Bekleidungssektor noch die Massenarbeitslosigkeit im allgemeinen verhindern können.

ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM 7,- auf das Postscheckkonto H. G. Göttinger, Postscheckkonto Essen, Nr. 170-20-431 überwiesen. (Abopreis für 6 Ausgaben)

ICH MÖCHTE WEITERES INFORMATIONSMATERIAL.

Name: _____

Adresse: _____

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75